

# INHALT

## BEITRÄGE

Einkommensteuerstatistik 2001 - Ergebnisüberblick	3
Die Entfernungspauschale - ausgewählte Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 2001	9
Analyse der Bundestagswahl 2005	13

## GRAFIKEN

Wirtschaftsgrafiken	21
---------------------	----

## KONJUNKTUR AKTUELL

Verarbeitendes Gewerbe - 3. Quartal 2005	26
--	----

## ANHANG

Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Saarland	28
Mitteilungen des Amtes	28

## BEILAGE

Zahlenspiegel	
---------------	--

## **ZEICHENERKLÄRUNG**

- p vorläufige Zahlen  
0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit  
r berichtigte Zahlen  
- nichts vorhanden (genau null)  
. Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten  
X Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll  
... Angabe fällt später an  
/ keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug  
( ) Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert Fehler aufweisen kann

*Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen möglich*

## **IMPRESSUM**

**Herausgeber:** Statistisches Landesamt Saarland  
Virchowstraße 7, 66119 Saarbrücken  
Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken  
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 25 oder - 59 74  
Telefax: (06 81) 5 01 - 59 15  
E-Mail: [statistik@stala.saarland.de](mailto:statistik@stala.saarland.de)  
Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

**Bezugspreis:** Einzelheft **2,80 EUR**  
Jahresabonnement **28,00 EUR**

**Bestellungen:** Statistisches Landesamt Saarland  
Telefon: (06 81) 5 01 - 59 27

**ISSN:** 1430 - 2764

© *Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken, 2005.*

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

## Steuern

Alwin Baus

### Einkommensteuerstatistik 2001 - Ergebnisüberblick

Im Rahmen der Einkommensteuerstatistik werden den Statistischen Ämtern von der Finanzverwaltung in dreijährlichem Rhythmus die Veranlagungsdaten aller Steuerpflichtigen übermittelt. Dieses umfangreiche und vielfältige Datenmaterial stellt nicht nur die Basis für viele steuer- und finanzwirtschaftliche Analysen dar, sondern kann auch bei Fragestellungen in anderen Untersuchungsgebieten wichtige Informationen liefern. In zwei Beiträgen in diesem Heft sollen die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 2001 für das Saarland vorgestellt werden, nachfolgend zunächst im Überblick.

#### Einleitung

Im zurückliegenden Wahlkampf gehörten die beiden mit Abstand wichtigsten bundesdeutschen Steuern - gemessen am Aufkommen - zu den Hauptthemen: die Einkommen- und die Mehrwertsteuer. Die Angebote der Parteien unterschieden sich darin, dass bei der Mehrwertsteuer der Regelsteuersatz erhöht werden sollte oder nicht, während bei der Einkommensteuer die Sätze gesenkt bzw. die Steuer komplett umgebaut werden sollte oder nicht.

Die angesichts der öffentlichen Finanznotlage gewählte Zuflucht zu einer Mehrwertsteuererhöhung lässt sich zum einen mit der im europäischen Vergleich moderaten Umsatzbesteuerung in Deutschland begründen. Hinzu kommt das Kalkül, dass die Erhöhung einer indirekten Steuer wie der Mehrwertsteuer vom Bürger weniger bewusst wahrgenommen bzw. als weniger schmerzlich empfunden wird als der Anstieg einer direkten Steuer, z.B. der Einkommensteuer. Denn während direkte Steuern unmittelbar bei den belasteten Personen erhoben werden, findet bei den indirekten Steuern eine Überwälzung der Steuerlast statt, d.h., hier sind Steuerschuldner - derjenige, der per Gesetz verpflichtet ist, die Steuer an das Finanzamt abzuführen - und Steuerträger bzw. -destinatar - derjenige, der letztlich die Steuer zahlt bzw. belastet werden soll - nicht identisch. Aufgrund der indirekten Zahlungsform wird üblicherweise unterstellt, dass Erhebung oder Erhöhung dieser Art von Steuern beim Bürger auf geringeren Widerstand stoßen.

Die dargelegte Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern, die am Erhebungsweg - und damit verbunden an der Möglichkeit der Steuerüberwälzung - anknüpft, erscheint allerdings heutzutage und insbesondere im Falle von Einkommen- und Mehrwertsteuer nicht mehr tragfähig. Denn ob bzw. inwieweit eine Steuer überwälzt werden kann, hängt

letztlich von den Marktgegebenheiten ab, d.h. davon, inwieweit die Konkurrenzsituation es zulässt, die zu entrichtende Steuer über Preiserhöhungen an andere Wirtschaftssubjekte weiterzugeben. Dabei gilt allgemein: je preisunelastischer die Nachfrage nach den vom Steuerschuldner angebotenen Waren und Dienstleistungen ist umso eher und mehr wird ihm eine Steuerüberwälzung gelingen. So gibt es nicht nur bei Fußballprofis Verträge auf Nettobasis, d.h., das Nettogehalt ist fixiert, so dass eine Erhöhung der (direkten) Einkommensteuer voll auf den Verein überwälzt würde. Umgekehrt dürfte es etwa dem Handel bei Produkten, deren Preise aktuell auf 99 enden, schwer fallen, Anstiege der (indirekten) Mehrwertsteuer an den Kunden weiterzugeben. Nicht zuletzt der gesonderte Ausweis der Mehrwertsteuer auf der Rechnung sorgt dafür, dass dem Bürger die indirekte Mehrwertsteuererhebung durchaus bewusst ist, wie auch der zunehmende Umfang von Schwarzarbeit und sonstiger Schattenwirtschaft belegen.

Auch zeigt andererseits das Beispiel der Lohnsteuer, die Form der Einkommensteuer bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit, dass die mittelbare Steuerzahlung kein Privileg der indirekten Steuern ist: der Arbeitnehmer ist Träger der Lohnsteuer, zur Entrichtung der Steuerschuld an das Finanzamt gesetzlich verpflichtet ist aber sein Arbeitgeber.

Zutreffender erscheint es, die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern an der Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse des Steuerzahlers festzumachen. Bei der indirekten Besteuerung findet eine solche nicht statt, sie ist indirekt im Sinne von unpersönlich; so ist etwa die Mehrwertsteuer für ein bestimmtes Buch für alle Käufer gleich hoch, unabhängig von der jeweiligen finanziellen und sozialen Situation des Erwerbers. Bei den direkten Steuern - und die Einkommensteuer steht dabei an der Spitze - wird dagegen versucht, bei der Steuerfestsetzung den jeweiligen Lebensumständen in

ihrer Vielzahl und -falt Rechnung zu tragen<sup>1)</sup>. Folglich fließen dem Fiskus im Rahmen der Steuerveranlagung viele Angaben zu, die auch für nicht unmittelbar bzw. ausschließlich steuer- oder finanzwirtschaftliche Fragestellungen interessante Aufschlüsse liefern können<sup>2)</sup>.

Im Rahmen der bundesweiten Einkommensteuerstatistik werden alle drei Jahre den Statistischen Landesämtern die Veranlagungsdaten aller ansässigen Steuerpflichtigen für ein Berichtsjahr zur Verfügung gestellt<sup>3)</sup>; seit Mitte des Jahres liegen die Ergebnisse für 2001 vor<sup>4)</sup>. Im Folgenden soll ein Überblick über die saarländischen Daten für das Veranlagungsjahr 2001 gegeben werden.

## Ungleiche Einkommensverteilung

Das Einkommensteuerrecht unterscheidet zwischen unbeschränkt und beschränkt Steuerpflichtigen: unbeschränkt steuerpflichtig, d.h. mit all ihren Einkünften, sind alle natürlichen Personen mit gewöhnlichem Aufenthalt in der BRD; Personen, die sich hier nur vorübergehend aufhalten, sind beschränkt, d.h. nur mit ihren hier erzielten Einkünften einkommensteuerpflichtig. Hinsichtlich der möglichen Einkommensquellen werden 7 Einkunftsarten aufgeführt:

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft;
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb;
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit;
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit;
5. Einkünfte aus Kapitalvermögen;
6. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung;
7. Sonstige Einkünfte.

Die daraus erzielten positiven und negativen Einkünfte werden saldiert und ergeben zusammengefasst den sogenannten Gesamtbetrag der Einkünfte (GdE); nach Abzug im wesentlichen von Sonderausgaben und Freibeträgen ergibt sich daraus das zu versteuernde Einkommen und davon abgeleitet schließlich die tarifliche Einkommensteuer.

Für das Veranlagungsjahr 2001 meldeten die saarländischen Finanzbehörden 335 205 unbeschränkt Steuerpflichtige, davon 326 161 mit einem GdE von mindestens 1 Euro, auf die sich die nachfolgenden Ausführungen beziehen<sup>5)</sup>.

Rund 167 000 und damit knapp mehr als die Hälfte dieser Steuerpflichtigen machten als Ehepaare von der Möglichkeit der Zusammenveranlagung Gebrauch, was bedeutet, dass

beide Ehepartner wie ein Steuerpflichtiger behandelt und gezählt werden. Von den Vorteilen dieses sogenannten Ehegattensplittings profitierten 2001 im Saarland fast genauso viele Alleinverdiener- (46,5 %) wie Doppelverdienerpaare (53,5 %).

Obwohl die gewählten Größen - der Steuerpflichtige als Merkmalsträger und das zu versteuernde bzw. tatsächlich versteuerte Einkommen als Merkmal - aus sozioökonomischer Sicht dazu weniger geeignet erscheinen, wird - nicht zuletzt mangels valider Alternativen - die Gliederung von Steuerpflichtigen und Einkünften nach GdE-Größenklassen zur Darstellung der Einkommensschichtung der Bevölkerung verwandt. Die dabei sich abzeichnende Ungleichverteilung veranschaulichen Tabelle 1 sowie Grafik 1 und 2.

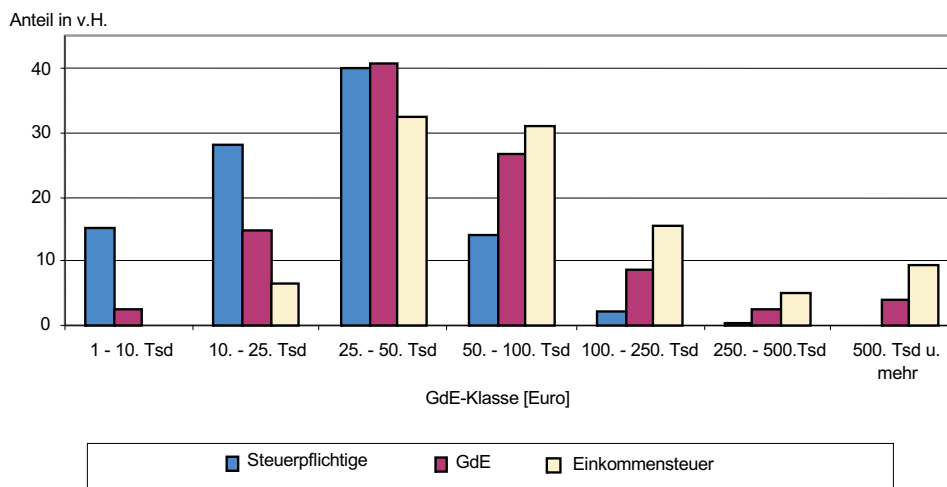
**Tabelle 1: Steuerpflichtige, GdE und Einkommensteuer 2001 nach Größenklassen**

GdE von ... bis unter ... Euro	Steuerpflichtige	GdE	Einkommensteuer
	Anzahl	1 000 Euro	
1 - 10 000	49 300	256 376	1 298
10 000 - 25 000	92 120	1 671 113	122 844
25 000 - 50 000	130 431	4 577 669	630 555
50 000 - 100 000	46 175	2 999 442	603 534
100 000 - 250 000	7 128	991 381	299 899
250 000 - 500 000	758	253 500	97 810
500 000 und mehr	249	441 021	184 481
<b>Zusammen</b>	<b>326 161</b>	<b>11 190 502</b>	<b>1 940 421</b>

Die Einkünfte der 326 161 einbezogenen Steuerpflichtigen summierten sich zu einem Gesamtbetrag von 11,2 Mrd. Euro. Rund 15 Prozent der Steuerpflichtigen verfügten jedoch lediglich über einen GdE von unter 10 000 Euro; der Wert für das 1. Dezil, den Wert, der von den ersten 10 Prozent der Steuerpflichtigen nicht überschritten wird, liegt bei 6 851 Euro. Bei einem Viertel der Besteuernten reicht der GdE höchstens bis zu 16 116 Euro. Im GdE-Intervall zwischen 10 000 - 25 000 Euro befinden sich 28 Prozent der Steuerpflichtigen, in den ersten beiden Größenklassen also zusammen 43 Prozent der Besteuernten. Auf diese entfallen zusammengenommen jedoch nur 17 Prozent des GdE insgesamt. Lediglich im Intervall zwischen 25 000 - 50 000 Euro entsprechen sich in etwa die Anteile an Steuerpflichtigen und am GdE (40 % bzw. 41 %). In diese GdE-Klasse fallen auch das arithmetische Mittel sowie der Median und das 3. Quartil: die Summe GdE dividiert durch die Anzahl der Steuerpflichtigen ergibt einen Mittelwert von 34 310 Euro; der Median oder Zentralwert, der Wert, der von 50 Pro-

1) Ein Zuviel des Guten führt allerdings dazu, dass das Steuerrecht immer unübersichtlicher und damit tendenziell ungerecht wird. 2) Als Beispiel siehe den zweiten Beitrag zur Einkommensteuerstatistik 2001 in diesem Heft. 3) Der an die Statistik übermittelte Datensatz ist insoweit anonymisiert, als er weder Namen noch Adressangaben enthält; pro Steuerpflichtigen, wobei es sich im Falle von zusammenveranlagten Eheleuten um zwei Personen handelt, können theoretisch über 700 Angaben anfallen, in der Praxis sind es im Durchschnitt aber weniger als 100. 4) Es sind die geltenden großzügigen Veranlagungsfristen, weshalb die Ergebnisse immer erst mit einem relativ großen Abstand zum Berichtsjahr zur Verfügung stehen. 5) Bei 2 463 Steuerpflichtigen ergab sich für den GdE ein Minusbetrag (= Verlustfälle) und bei 6 581 betrug er genau 0 Euro.

**Grafik 1: Steuerpflichtige, GdE und Einkommensteuer nach Größenklassen**



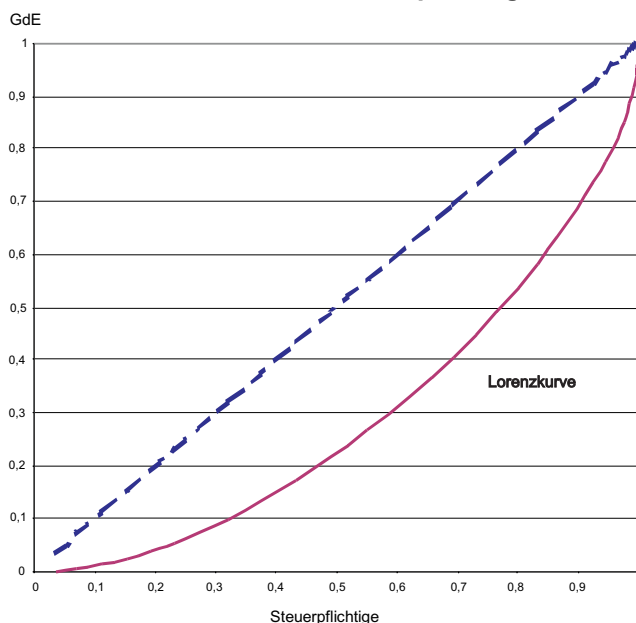
zent unter- bzw. überschritten wird, beträgt 27 800 Euro; das 75 %-Quantil wird bei 41 730 Euro erreicht, d.h., nur ein Viertel der Steuerpflichtigen verfügen über einen höheren GdE. Ab 50 000 Euro GdE tritt die Diskrepanz zwischen Steuerpflichtigen- und GdE-Anteil zugunsten des Letzteren immer deutlicher hervor. So entfallen auf die 0,08 Prozent der Steuerpflichtigen in der obersten Klasse allein 4 Prozent des GdE. Das neunte Dezil liegt entsprechend deutlich früher bei 60 543 Euro, nur 10 Prozent der Steuerpflichtigen erzielen einen höheren GdE.

Zur Darstellung der relativen Konzentration bedient man sich meist der Lorenz-Kurve, bei der, nachdem zuvor die Elemente

der Größe nach geordnet wurden, die kumulierten Anteile der Merkmalsträger (Steuerpflichtige) und die der dazugehörigen Merkmalssumme (GdE) in einem zu einem Quadrat erweiterten Koordinatenkreuz eingetragen werden. Nachfolgende Lorenzkurve ist aus gruppierten Daten berechnet worden und spiegelt daher nur annäherungsweise die Verhältnisse wider.

Die Lorenzkurve in Form der Diagonalen würde Gleichverteilung bedeuten; je mehr die tatsächliche Kurve von der Diagonalen abweicht, umso größer ist die Disparität. Zu deren wertmäßigen Bestimmung wird, abgeleitet aus der Lorenzkurven-Darstellung, der sogenannte Gini-Koeffizient berechnet. Dabei wird die Fläche zwischen Lorenzkurve und Diagonale

**Grafik 2: Lorenzkurve für Steuerpflichtige und GdE**



ins Verhältnis gesetzt zum gesamten Dreieck unter der Diagonale<sup>6)</sup>. Aus obiger Grafik errechnet sich für die Verteilung von Steuerpflichtigen und GdE ein Gini-Koeffizient von 0,42; die damit angezeigte Konzentration liegt noch in der unteren Hälfte des möglichen Wertebereichs.

## Nichtselbständige Arbeit dominierend

Eine ungleichmäßige Verteilung zeigt sich auch hinsichtlich der 7 Einkunftsarten, aus denen sich der GdE zusammensetzt; in der nachfolgenden Tabelle und Grafik sind nur die positiven Einkünfte dargestellt.

Mehr als vier Fünftel der Einkünfte stammten aus nichtselbständiger Arbeit und fast 90 Prozent der Steuerpflichtigen bezogen hieraus Einkünfte. Mit großem Abstand dahinter zweitwichtigste Einkunftsquelle war der Gewerbebetrieb mit 7 Pro-

zent der Einkünfte vor der selbständigen Tätigkeit mit 5 Prozent. Die durchschnittlichen Einkünfte pro Steuerpflichtigen waren bei selbständiger Arbeit mit 39 000 Euro am höchsten, an zweiter Stelle folgt bereits die nichtselbständige Tätigkeit mit rund 32 000 Euro.

Das große Übergewicht der nichtselbständigen Arbeit schlägt sich auch in der Gliederung der Steuerpflichtigen nach ihrer überwiegenden Einkunftsart wider: für mehr als 85 Prozent der Steuerpflichtigen ist sie die Haupt-, und für davon wiederum 71,3 Prozent (#198 468) auch die einzige Einkunftsquelle. Auf die überwiegend nichtselbständig tätigen Steuerpflichtigen entfallen 83 Prozent des GdE und sie zahlen mehr als drei Viertel (76,8 %) der Einkommensteuer.

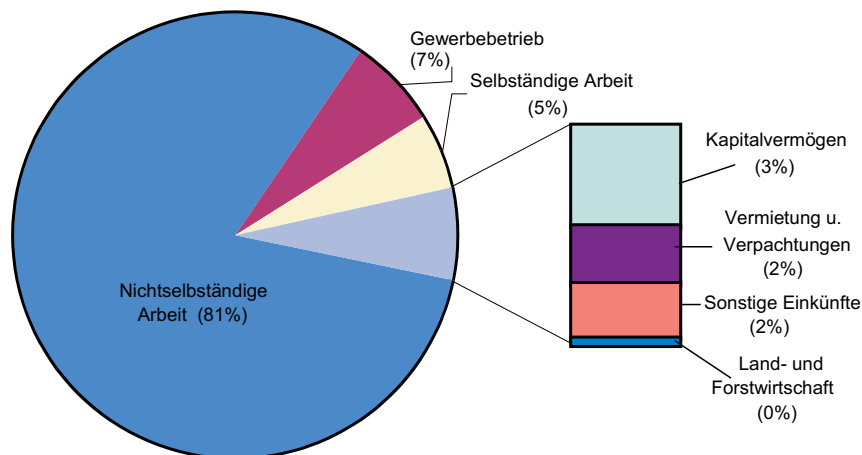
Nach Größenklassen gegliedert tragen zur festgesetzten Einkommensteuersumme von 1,9 Mrd. Euro jeweils fast ein Drittel die Steuerpflichtigen mit einem GdE von 25 000 - 50 000 Euro (32,5 %) bzw. mit 50 000 - 100 000 Euro GdE (31,1 %) bei.

**Tabelle 2: Steuerpflichtige und positive Einkünfte nach Einkunftsarten**

Einkunftsart	Steuerpflichtige <sup>1)</sup>	Positive Einkünfte	Positive Einkünfte je Steuerpflichtigen
	Anzahl	1 000 Euro	Euro
Land- und Forstwirtschaft	1 693	24 940	14 731
Gewerbebetrieb	31 157	760 531	24 410
Selbständige Arbeit	15 000	584 592	38 973
Nichtselbständige Arbeit	291 591	9 308 299	31 922
Kapitalvermögen	30 006	378 342	12 609
Vermietung und Verpachtungen	30 681	211 578	6 896
Sonstige Einkünfte	44 239	196 691	4 446
<b>Zusammen</b>	<b>x</b>	<b>11 464 972</b>	<b>x</b>

1) Mehrfachangaben möglich.

**Grafik 3: Positive Einkünfte nach Einkunftsarten**

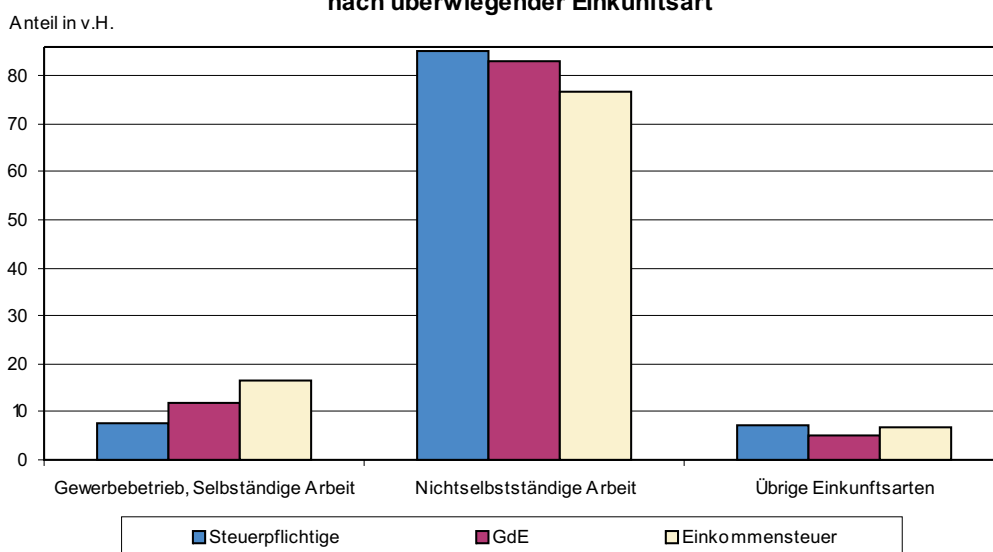


6) Aufgrund der Konstruktion des Koordinatensystems entspricht die Dreiecksfläche dem Wert 0,5, sodass der Gini-Koeffizient dem Zweifachen der Fläche zwischen Kurve und Diagonale entspricht und Werte zwischen 0 (Gleichverteilung) und 1 annehmen kann.

**Tabelle 3: Steuerpflichtige, GdE und Einkommensteuer nach überwiegender Einkunftsart**

Überwiegende Einkunftsart	Steuerpflichtige	GdE	Einkommensteuer
	Anzahl	1 000 Euro	
Land- und Forstwirtschaft	834	22 839	2 672
Gewerbebetrieb	17 521	753 286	153 100
Selbständige Arbeit	6 711	569 203	164 559
Nichtselbständige Arbeit	278 203	9 314 076	1 490 851
Kapitalvermögen	4 581	286 831	103 723
Vermietung und Verpachtungen	5 674	135 291	21 657
Sonstige Einkünfte	12 637	108 974	3 859
<b>Zusammen</b>	<b>326 161</b>	<b>11 190 502</b>	<b>1 940 421</b>

**Grafik 4: Steuerpflichtige, GdE und Einkommensteuer nach überwiegender Einkunftsart**



Aufgrund der Progression im Steuertarif nimmt der Anteil an der Steuerschuld mit zunehmenden GdE überproportional zu. So zahlen die weniger als 250 Steuerpflichtigen mit einem GdE von mindestens 500 000 Euro annähernd ein Zehntel (9,5 %) der gesamten für das Veranlagungsjahr 2001 festgesetzten Einkommensteuer. Arithmetisch gemittelt waren für 2001 von jedem Steuerpflichtigen 5 949 Euro Einkommensteuer zu zahlen, wobei die Spanne von im Schnitt 26 Euro im niedrigsten GdE-Intervall bis zu durchschnittlich 741 000 Euro in der obersten Klasse reichte.

### Schlussbemerkung

Für 2004, das nächste Berichtsjahr der Einkommensteuerstatistik, erfolgte mit der im Steueränderungsgesetz 2003 gere-

gelten Einführung der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung, die sukzessive die Rückgabe der Lohnsteuerkarte ablösen soll, eine wesentliche Verfahrensänderung. Diese wird vor allem Auswirkungen auf die gleichzeitig mit der Einkommenssteuerstatistik durchzuführende Lohnsteuerzerlegung haben, die für die Verteilung der Steuereinnahmen entsprechend dem Wohnsitzland des Steuerpflichtigen maßgeblich ist und die bisher auf der manuellen Auswertung der Lohnsteuerkarten beruhte. In der Übergangsphase ab 2004 müssen die benötigten Informationen nun aus zwei Quellen entnommen und zusammengeführt werden, weshalb von der Finanzverwaltung frühzeitig Vorkehrungen getroffen werden müssen, damit dies vollständig und überschneidungsfrei geschehen kann. Die eigentliche Einkommensteuerstatistik dürfte diese Neuerung dagegen nur am Rande tangieren.



Mehr als 93 000 Schriften

Über 600 laufende Zeitschriften und Zeitungen

Statistiken des In- und Auslandes,  
der deutschen Bundesländer,  
des Deutschen Reiches,  
der ehemaligen deutschen Länder

Statistisches  
Landesamt *Saarland*

Virchowstr. 7, 66119 Saarbrücken, Tel. (06 81) 5 01 - 59 01/59 03  
Fax (06 81) 5 01 - 59 21, E-Mail: [bibliothek@stala.saarland.de](mailto:bibliothek@stala.saarland.de)  
Internet: <http://www.statistik.saarland.de>

Öffnungszeiten:

Montag - Freitag 8.30 - 12.00 Uhr  
oder nach telefonischer Vereinbarung



## Steuern

Alwin Baus

# Die Entfernungspauschale - ausgewählte Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik 2001

Ein Beispiel für nicht nur steuerpolitisch interessante Informationen aus dem Datenmaterial der Einkommensteuerstatistik stellen die Angaben zur sogenannten Entfernungspauschale dar, da sie auch Einblicke in den berufsbedingten Individualverkehr gewähren. Im nachfolgenden zweiten Beitrag zur Einkommensteuerstatistik 2001 sollen entsprechende Ergebnisse für das Saarland vorgestellt werden.

### Einleitung

Die Kosten für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, die abhängig Beschäftigte über die sogenannte Entfernungspauschale steuermindernd gelten machen können, sind fiskalpolitisch von großer Bedeutung und deshalb ständig in Diskussion. So sind aktuell auch im Vertrag zur Bildung einer Großen Koalition zwischen CDU/CSU und SPD Kürzungen bei der steuerlichen Berücksichtigung der Wegekosten festgeschrieben worden.

In Auswertung des Einzelmateriale der Einkommensteuerstatistik 2001 sollen nachfolgend für das Saarland das steuerliche Gewicht der Fahrtkosten sowie das Ausmaß des berufsbedingten Verkehrs untersucht und dargestellt werden.

### Regelungsstand 2001

Für die Bemessung der Einkommensteuer sind die Nettoeinkünfte maßgeblich, d.h., die notwendigerweise mit der Einkunftserzielung verbundenen Kosten sind von den Bruttoeinkünften absetzbar. Bei den Gewinneinkunftsarten, das sind die

- Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft;
- Einkünfte aus Gewerbebetrieb;
- Einkünfte aus selbständiger Arbeit,

werden diese Kosten als Betriebsausgaben bezeichnet und als Aufwendungen, die durch den Betrieb veranlasst sind, definiert. Bei den übrigen Überschusseinkunftsarten, also den

- Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit;
- Einkünften aus Kapitalvermögen;
- Einkünften aus Vermietung und Verpachtung;
- Sonstigen Einkünften,

wird von den Aufwendungen zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung der Einnahmen gesprochen, die unter dem Begriff "Werbungskosten" (WK) zusammengefasst werden.

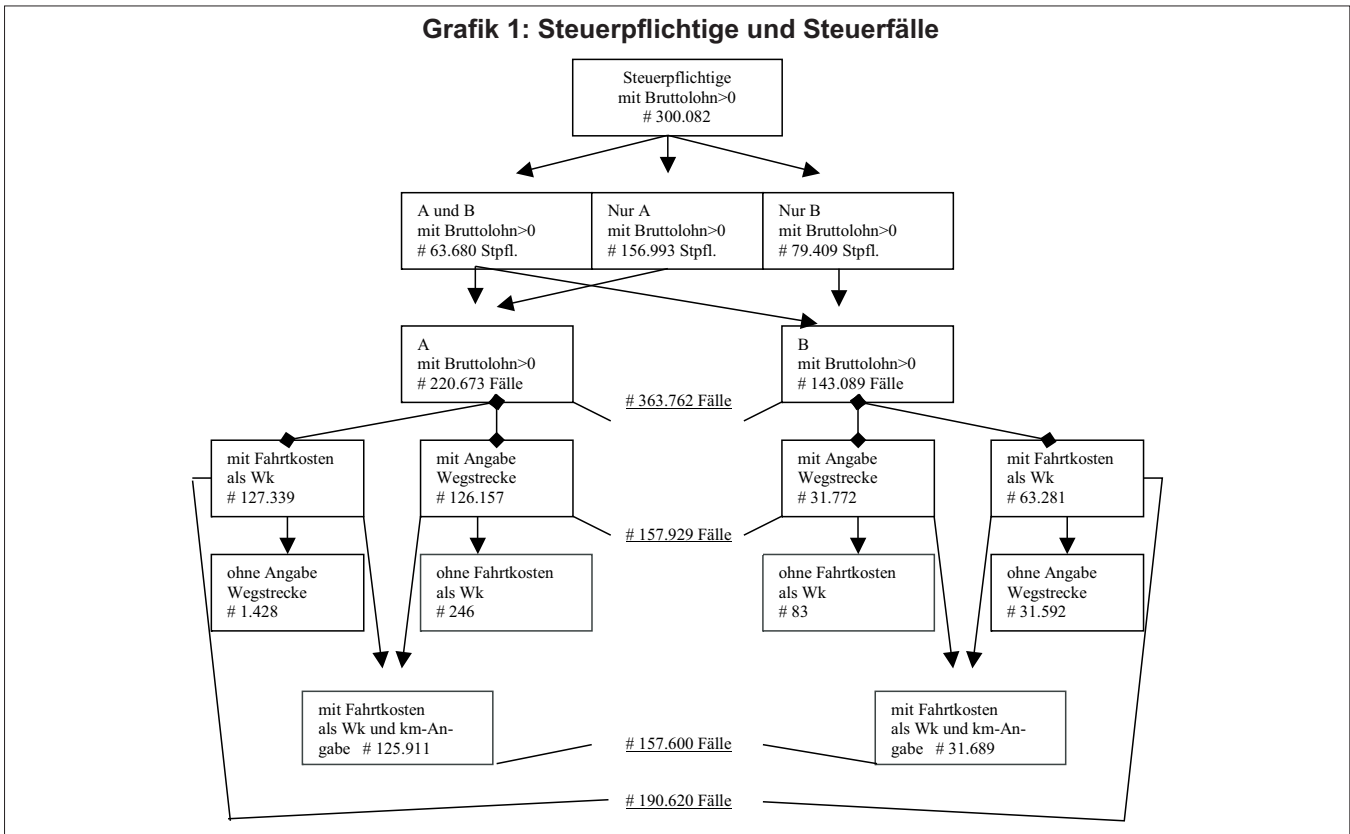
Für viele Einkunftsbezieher aus nichtselbständiger Arbeit, also Arbeitnehmer, gehören zu ihren Werbungskosten als wesentlicher Bestandteil die Wegekosten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz. Im Veranlagungsjahr 2001 galt die Regelung, dass für die ersten zehn Kilometer einfache Entfernung zwischen beiden Orten 0,70 DM pro Kilometer, für die darüber hinausgehende Strecke 0,80 DM je Kilometer als Werbungskosten absetzbar waren. Die Berechnung dieser Entfernungspauschale erfolgte unabhängig von der Wahl des eingesetzten Verkehrsmittels, wozu auch das Zufußgehen zu rechnen ist<sup>1)</sup>. Steuermindernd wirkte die Entfernungspauschale bei dem einzelnen Steuerpflichtigen allerdings tatsächlich nur, wenn damit zusammen mit den übrigen Werbungskosten der Betrag des sogenannten Arbeitnehmer-Pauschbetrages in Höhe von 2 000 DM überschritten wurde und erhöhte Werbungskosten geltend gemacht werden konnten.

### Ergebnisse 2001

Ausgangspunkt für die nachfolgenden Ausführungen sind die Steuerpflichtigen, die im Rahmen der Einkommensteueranmeldung 2001 einen positiven Bruttolohn aufwiesen. Der Datensatz der Einkommensteuerstatistik sieht pro Steuerpflichtigen die Eintragungen von zwei Steuerfällen (A und B) vor, wobei A für die (Ehe-)Männer und B für die (Ehe-)Frauen vorgesehen ist; demzufolge sind, außer bei zusammenveranlagten Eheleuten, je nach Geschlecht des Steuerpflichtigen entweder nur die Datenfelder für A oder nur für B belegt. Im Veranla-

1) Je nach Verkehrsmittel gab es aber unterschiedliche Höchstgrenzen für die Anerkennung; nur bei Pkw-Nutzung durfte die Entfernungspauschale den Betrag von 10 000 DM überschreiten. In Bezug auf die Entfernungspauschale von einer Steuervergünstigung zu sprechen, erscheint nur in den seltenen Fällen gerechtfertigt, in denen die tatsächlichen Wegekosten unter den steuerlich pauschal absetzbaren liegen.

**Grafik 1: Steuerpflichtige und Steuerfälle**



gungsjahr 2001 enthalten die knapp über 300 000 Datensätze der Steuerpflichtigen mit Bruttolohn die Angaben von insgesamt 363 762 Arbeitnehmern (A) und Arbeitnehmerinnen (B).

Nur etwas mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer/-innen (52 %) machte Fahrtkosten als Werbungskosten geltend, wobei der Anteil bei den Männern (57 %) deutlich über dem bei den weiblichen Beschäftigten (44,2 %) liegt. Es kann daraus jedoch nicht geschlossen werden, dass allen übrigen Beschäftigten keine Fahrtkosten entstanden wären; vielmehr dürfte ein Großteil derer, die davon ausgingen, dass ihre Werbungskosten einschließlich Fahrtkosten den Arbeitnehmerpauschbetrag von 2 000 DM - umgerechnet 1 023 Euro - nicht übersteigen würden, auf die explizite Geltendmachung verzichtet haben<sup>2)</sup>. Die nachfolgend präsentierten Angaben sind deshalb zumindest für den Kurzstreckenbereich nicht repräsentativ und stellen Mindestwerte dar.

Ein krasser geschlechtsspezifischer Unterschied zeigt sich hinsichtlich der Art, wie die Wegekosten gegenüber dem Finanzamt belegt werden: während bei den Männern ganz überwiegend die Fahrtkosten auf der Angabe der Wegstrecke zwischen Wohnung und Arbeitsstätte beruhen, trifft dies bei den Frauen nur in der Hälfte der Fälle zu. Dies lässt vermuten, dass von den Arbeitnehmerinnen in viel stärkerem Umfang öffentliche Verkehrsmittel benutzt werden - die entsprechenden Fahr-

karten belegen auch ohne Entfernungsangabe die Fahrtkosten - als von ihren männlichen Kollegen. In den Fällen, wo trotz Angabe der Wegstrecke keine Werbungskosten anerkannt wurden, war der vom Arbeitgeber gezahlte Fahrkostenersatz zu hoch.

Die Werbungskosten der Arbeitnehmer/-innen summierten sich im Veranlagungsjahr auf 696,5 Mio. Euro, das sind im Schnitt 1 915 Euro pro Fall. Bei 356,9 Mio. Euro und damit bei über der Hälfte (51,2 %) handelte es sich dabei um geltend gemachte Fahrtkosten. Betrachtet man nur die rund 191 000 Bruttolohnempfänger, die Fahrtkosten explizit geltend gemacht haben, so ergeben sich für diese Werbungskosten von insgesamt 498,6 Mio. Euro; 71,6 Prozent davon machen die Kosten für den Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte aus. Durchschnittlich errechneten sich 1 872 Euro Fahrt- als Werbungskosten, 1 963 Euro für die Männer und 1 690 Euro für die Frauen.

Wie oben vermutet, wurden Fahrtkosten in erster Linie von den Steuerpflichtigen gesondert geltend gemacht, die dadurch erhöhte, d.h., über dem Pauschbetrag liegende, Werbungskosten belegen konnten. Bei rund 170 000 Arbeitnehmer/-innen war dies der Fall, wobei der entsprechende Anteil bei den männlichen Beschäftigten mit 91,5 Prozent deutlich über dem der weiblichen mit 84,7 Prozent lag. Bei fast 80 Prozent von ih-

<sup>2)</sup> Bei angenommenen 180 Arbeitstagen müssen immerhin täglich mehr als 15 km einfache Entfernung zurückgelegt werden, damit die Entfernungspauschale den Arbeitnehmer-Pauschbetrag übersteigt.

nen überschritten alleine schon die Fahrtkosten den Pauschalbetrag von 2 000 DM.

Die Gesamtzahl der von den rund 158 000 Arbeitnehmern jeweils angegebenen Kilometer für die einfache Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte multipliziert mit den entsprechenden Arbeitstagen ergibt für 2001 eine Summe von 798,6 Mio. km, hin und zurück also eine Gesamtkilometerleistung von rund 1,6 Mrd. km. Im Durchschnitt sind dies 10 114 Jahreskilometer pro Arbeitnehmer/-in, bei den Männern mit 10 520 km deutlich mehr als bei den Frauen mit 8 499 km. 1,45 Mrd. km - das sind fast 91 Prozent - wurden mit dem Pkw zurückgelegt, wobei es hier nur geringe Unterschiede zwischen den Geschlechtern - 91,3 Prozent bzw. 89,5 Prozent - gibt.

Bei wechselnden Arbeitsstätten kann der Steuerpflichtige die verschiedenen Strecken aufzeichnen, im Antragsformular sind vier Eintragungen vorgesehen. Auf die erste Eintragung entfallen 740,9 Mio. km (einfache Entfernung) oder fast 93 Prozent der angegebenen Kilometer. Nur bei vergleichsweise wenigen (0,5 %) der Steuerfälle lässt sich aus der Gleichheit der jeweils angegebenen Arbeitstage darauf schließen, dass sie regelmäßig mehrere Arbeitsstätten anfahren. Bezieht man - jeweils für die erste Eintragung - die Jahreskilometer auf die Summe der Arbeitstage ergibt sich ein Wert von 21,3 km einfache Entfernung pro Tag; bei den Arbeitnehmern sind es im Mittel 22,1 km, bei den Arbeitnehmerinnen 18,2 km.

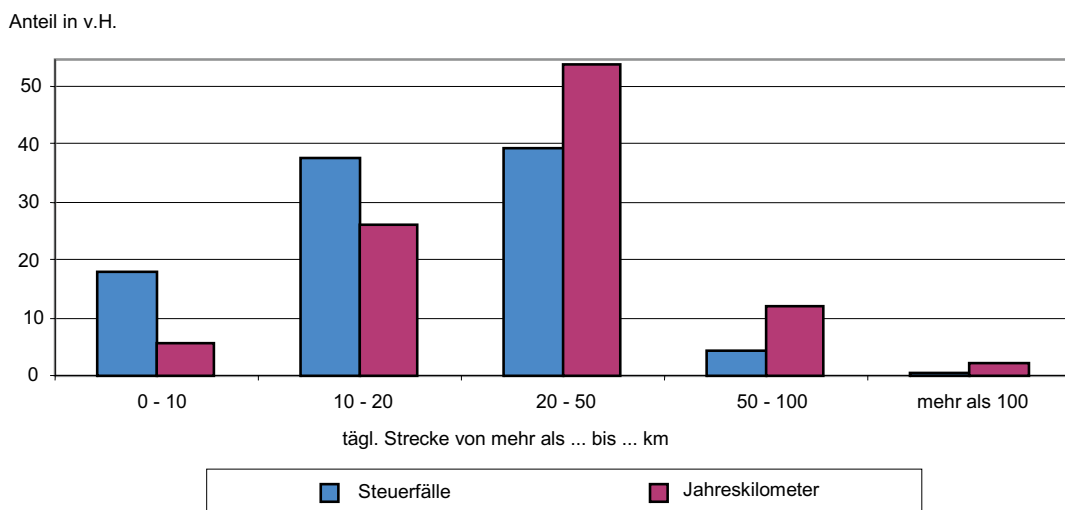
Die nachfolgenden Angaben gründen auf den Ersteintragungen von Arbeitnehmer/-innen, die mindestens an 180 Tagen im Jahr die Arbeitsstelle aufgesucht haben; insgesamt sind es rund 150 000 Fälle - sie stellen 79,2 Prozent der Fälle mit Kilometerangabe dar und vereinigen 638 Mio. km (einfache Entfernung) bzw. 79,9 Prozent der Gesamtkilometer auf sich.

Auch wenn, wie oben erwähnt, die Gefahr der Untererfassung im Kurzstreckenbereich besonders groß sein dürfte, er-

gibt sich für immerhin noch 18 Prozent der ausgewählten Arbeitnehmer/-innen eine tägliche einfache Strecke von der Wohnung zum Arbeitsort von nicht mehr als 10 km. Mit einem Anteil von 38 bzw. 39,2 Prozent sind die beiden darüber liegenden Kilometergrößenklassen am stärksten besetzt; auf die Arbeitnehmer mit 20 - 50 km einfache Entfernung täglich entfallen über die Hälfte der gesamten Kilometerleistung (54,2%). Wie die oben errechneten Durchschnittswerte erwarten lassen, sind die beiden unteren Intervalle bei den weiblichen Beschäftigten stärker, die oberen dafür schwächer besetzt als bei den Männern. Entfernungen von über 200 km einfache Strecke täglich bilden die Ausnahme; bei den Männern sind es ein Dutzend, die regelmäßig so weit fahren, wobei der Spitzenreiter über 270 km tagtäglich - allerdings nicht per Pkw - zurücklegen muss. Die weiteste tägliche Pkw-Strecke liegt bei etwas über 240 km; bei den Frauen wird die 200 km-Grenze nur in einem Fall - knapp und ohne Pkw - überschritten.

Hätte die jetzt im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD für 2006 beschlossene Anerkennung von Fahrtkosten als Werbungskosten erst ab dem 20. Kilometer bereits 2001 gegolten, hätte über die Hälfte (die 56 % in den beiden ersten Intervallen) der oben ausgewählten Arbeitnehmer/-innen keine Fahrtkosten mehr als Werbungskosten geltend machen können. Für viele von ihnen, aber auch in der darüberliegenden Kilometergrößenklasse, hätte dies bedeutet, dass die Werbungskosten nicht mehr den Pauschalbetrag (ab 2002: 1 044 Euro) übersteigen. Ob bzw. in welchem Ausmaß die Neuregelung bei dem einzelnen steuererhöhend wirkt, hängt also - abgesehen vom individuellen Steuersatz - davon ab, inwieweit ohne die ersten 20 km der Pauschalbetrag nicht mehr überschritten und keine erhöhte Werbungskosten mehr geltend gemacht werden können. Mit der Wegstrecke nimmt daher die so bewirkte Steuerbelastung zu. Dazu ein Beispiel: zwei Ar-

**Grafik 2: Steuerfälle und Jahreskilometer nach Kilometer-Klassen**



beitnehmer legen jeweils an 200 Tagen eine einfache Wegstrecke von a) 20 km bzw. b) 40 km bis zu ihrem Arbeitsplatz zurück und haben keine sonstigen Werbungskosten. Bisher konnten sie über die Entfernungspauschale (0,3 Euro pro km und Tag) a) 1 200 Euro bzw. b) 2 400 Euro steuermindernd geltend machen. Nach der Neuregelung werden bei a) keine Fahrtkosten, sondern nur noch der Pauschalbetrag von 1 044 Euro, also 156 Euro weniger als bisher, abgesetzt werden können; bei b) werden sich zwar weiterhin noch erhöhte Werbungskosten ergeben, mit 1 200 Euro wird dies jedoch nur noch die Hälfte des bisherigen Betrages sein.

### Ausblick

Das Steuergeheimnis und der strenge statistische Datenschutz verhindern bisher meist, dass das nicht nur finanz-

wissenschaftlich interessante Datenmaterial der Einkommensteuerstatistik für Analysen genutzt werden kann. Um diese brachliegenden Informationen der Wissenschaft ohne Beeinträchtigung des Datenschutzes für den einzelnen Steuerpflichtigen verfügbar zu machen, ist die Statistik dabei, sogenannte Scientific Use Files zu schaffen. Durch Verdichtung der Daten u.a. durch die Zusammenfassung mehrerer Merkmalsausprägungen - z.B. Geburtsjahrgänge - oder das Weglassen bestimmter Merkmale - z.B. Wohnsitzland - findet dabei eine faktische Anonymisierung statt, was bedeutet, dass nach Stand der Technik mit vertretbarem Aufwand die Reidentifikation eines Steuerpflichtigen ausgeschlossen ist.

Da eine grundlegende Vereinfachung des Einkommensteuerrechts, die vom Bürger nur noch wenige Angaben verlangt, bis auf weiteres verschoben scheint, dürften auch künftige Einkommensteuerdaten attraktiv und interessant für viele Wissenschaftsgebiete bleiben.

## Wahlen

Koba Krause

# Analyse der Bundestagswahl 2005 im Saarland

In diesem Aufsatz wird das Wahlergebnis der Bundestagswahl vom 18. September 2005 im Saarland unter verschiedenen Gesichtspunkten analysiert: Zunächst soll anhand von Zeitreihen die Entwicklung der Stimmabgabe bezüglich der Parteien, der Wahlbeteiligung sowie der Anzahl der Briefwähler aufgezeigt werden. In einem zweiten Schritt wird mit Hilfe der Repräsentativen Statistik auf das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht sowie die Entwicklung des sogenannten Stimmensplittings eingegangen. Der dritte Teil dieser Analyse befasst sich mit dem Wahlverhalten nach sozioökonomischen Indikatoren.

### 1. Historische Betrachtung

Im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen gehen aus dieser Wahl einige interessante Erkenntnisse hervor bezüglich der Wahlbeteiligung, der Briefwähler und des Stimmensplittings.

#### Wahlbeteiligung

Bei der Wahlbeteiligung setzte sich, nach einer kurzen Auflebung Mitte der Neunziger Jahre, der Abwärtstrend fort und hat nun sowohl bundesweit als auch im Saarland einen neuen Tiefststand erreicht. Auf Bundesebene liegt die Wahlbeteiligung nun bei 77,7, im Saarland bei 79,4 Prozent.

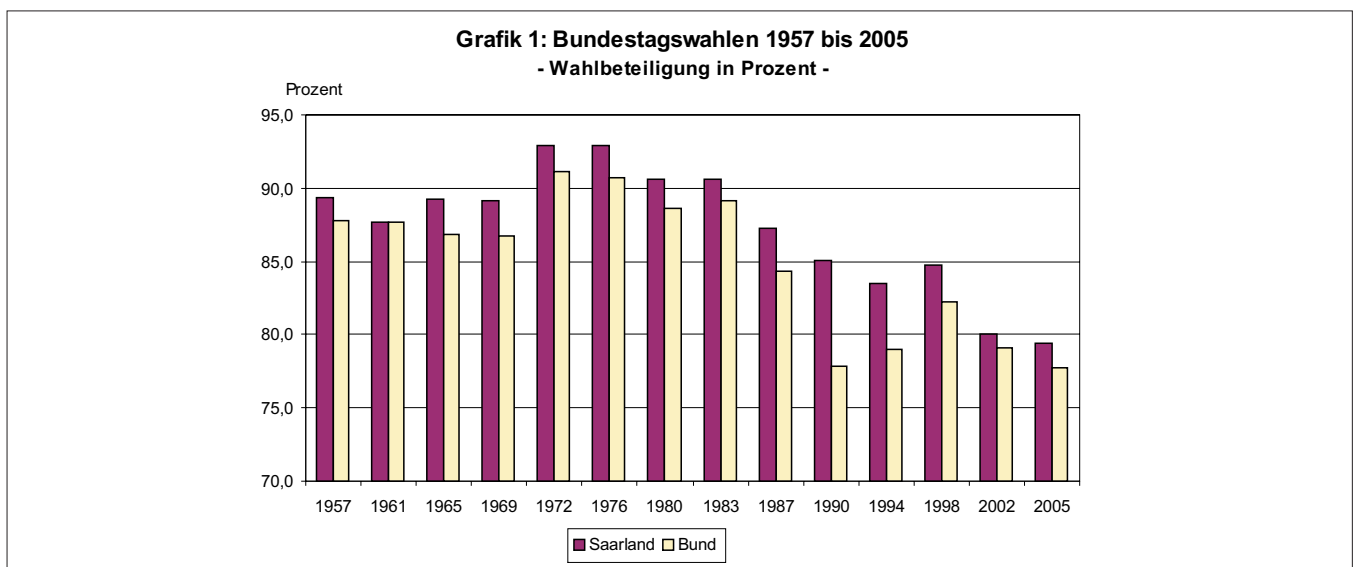
Damit liegt die Wahlbeteiligung im Saarland weiterhin über dem Bundesdurchschnitt. Das Saarland gehört gemeinsam mit Niedersachsen zu den Ländern mit der höchsten Wahlbe-

teiligung. Obwohl die Differenz zwischen der hiesigen und der Bundeswahlbeteiligung relativ gering ist, bewahrheitet sich die im Septemberheft geäußerte Vermutung nicht: Die Angleichung der Wahlbeteiligung im Saarland an den Bundesdurchschnitt, wie sie im Bundestagswahlergebnis 2002 zum Ausdruck kam, hat sich nicht fortgesetzt.

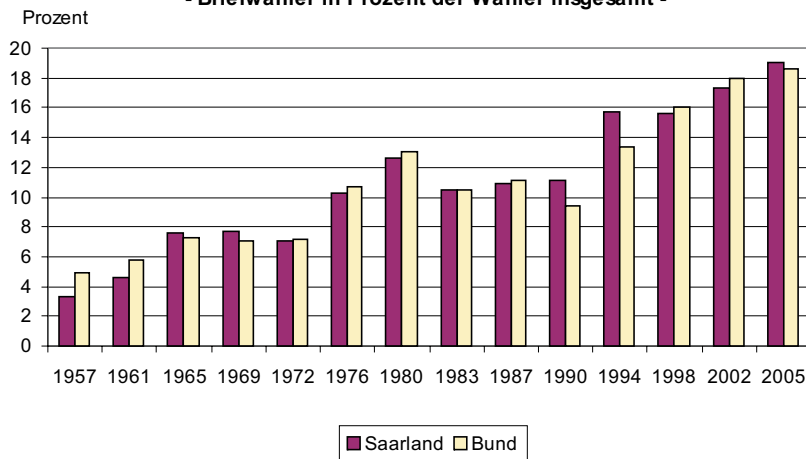
#### Briefwahl

Eine Erfolgsgeschichte ist dahingegen die Beteiligung an der Wahl mittels Wahlschein. Schon seit ihrer Einführung 1957 steigt die Anzahl derer, die per Briefwahl ihre Stimme ausbringen, fast kontinuierlich an.

Erstmals seit 1994 war die Anzahl der Briefwähler im Saarland (19,0 %) wieder höher als im Bundesdurchschnitt (18,6 %), sei es lediglich um 0,4 Prozent.



**Grafik 2: Bundestagswahlen 1957 bis 2005**  
- Briefwähler in Prozent der Wähler insgesamt -



## Erst- und Zweitstimmenverteilung

Wie bereits in der Septemberausgabe des Statistik Journals ausgeführt, haben sowohl die CDU als auch die SPD historisch gesehen schon immer bzw. mit wenigen Ausnahmen ein höheres Erst- als Zweitstimmenergebnis, während dies bei der FDP, den Grünen und der PDS (seit 2005 die Linken) eher umgekehrt ist. Dieser Trend setzte sich auch bei der diesjährigen Bundestagswahl fort und kann weiterhin als Indiz gewertet werden, dass ein signifikanter Anteil der Wählerinnen und Wähler mit ihrer Erststimme den vermeintlich chancenreichen Direktkandidaten der großen Parteien wählt, während man mit der Zweitstimme die kleineren Koalitionspartner wählt, deren Direktkandidaten aller Voraussicht nach keine Mehrheit in ihrem Wahlkreis auf sich vereinen können (Tabelle 1).

## 2. Repräsentative Statistik

Auf der Grundlage der Daten aus der Repräsentativen Wahlstatistik wird das Stimmensplitting bei den letzten beiden Bundestagswahlen näher betrachtet.

### Erst- und Zweitstimmenkombinationen

Eine erste Betrachtung der Repräsentativen Statistik gilt den Wählerinnen und Wählern der Direktkandidaten, d.h. um die Beantwortung der Frage von Anhängern welcher Parteien wurden die Direktkandidaten gewählt. Aus Tabelle 2 geht zunächst hervor, dass die Direktkandidatinnen und -kandidaten der Linken weitaus am meisten Unterstützung aus den eigenen Reihen erfahren haben: 82,4 Prozent derer, die mit der

**Tabelle 1: Bundestagswahlen 1957 bis 2005**  
- Erst- und Zweitstimmen der Parteien im Saarland -

Jahr	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		Die Linke <sup>1)</sup>	
	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Erststimmen	Zweitstimmen
1957	25,1	25,1	33,8	54,6	18,1	18,2	-	-	-	-
1961	33,6	33,5	49,2	49,1	12,8	12,9	-	-	-	-
1965	40,0	39,8	48,0	46,8	7,4	8,6	-	-	-	-
1969	41,4	39,9	46,7	46,1	5,7	6,7	-	-	-	-
1972	50,5	47,9	44,0	43,4	4,0	7,1	-	-	-	-
1976	46,7	46,1	46,5	46,2	5,6	6,6	-	-	-	-
1980	50,0	48,3	43,7	42,3	5,4	7,8	0,3	1,1	-	-
1983	46,3	43,8	47,6	44,8	2,5	6,0	3,0	4,8	-	-
1987	45,7	43,5	43,8	41,2	3,8	6,9	5,1	7,1	-	-
1990	51,7	51,2	38,9	38,1	4,8	6,0	2,7	2,3	-	0,2
1994	50,6	48,8	39,7	37,2	2,0	4,3	4,3	5,8	0,4	0,7
1998	55,4	52,4	35,3	31,8	2,0	4,7	3,4	5,5	0,5	1,0
2002	50,2	46,0	37,4	35,0	4,5	6,4	3,8	7,6	1,1	1,4
2005	38,0	33,3	33,9	30,2	3,5	7,4	3,0	5,9	17,3	18,5

1) 1990 bis 2005: PDS.

Erststimme eine Kandidatin oder einen Kandidaten der Linken gewählt haben, gaben dieser Partei auch ihre Zweitstimme. Lediglich die CDU kann einen ähnlichen Wert aufweisen, dort waren es 81,4 Prozent der CDU-Erststimmenwähler, die auch mit ihrer Zweitstimme CDU wählten. Die Kandidaten und Kandidatinnen der SPD (76,8 %), der FDP (68,2 %) und der Grünen (57,4 %) wurden in geringerem Maße aus den eigenen Reihen unterstützt.

Die in dieser Tabelle beträchtliche Unterstützung der KandidatInnen der Grünen und der FDP durch WählerInnen der großen Koalitionspartner beruht auf einem Scheinzusammenhang: Durch die größere Wählerschaft der CDU bzw. SPD erhielten die KandidatInnen der Grünen 25,6 Prozent ihrer Stimmen von WählerInnen der SPD und die KandidatInnen der FDP 16,4 Prozent von WählerInnen der CDU. Das absolute Stimmenverhältnis erklärt auch die relativ geringe Unterstützung der KandidatInnen der großen Parteien durch WählerInnen der kleinen Koalitionspartner. Im Vergleich zur Vorwahl ist jedoch auffällig, dass die KandidatInnen der Grünen fast 10 Prozentpunkte weniger aus den Reihen der SPD-WählerInnen erhielten und sich die Unterstützung der CDU-DirektkandidatInnen aus den Reihen der FDP verdoppelt hat. Erstaunlich ist auch der Rückgang an Unterstützung der KandidatInnen der Partei "die Linke" aus den Reihen der SPD: 2002 erhielten Sie noch 15,4 Prozent ihrer Stimmen aus den Reihen der SPD, diesmal waren es - trotz oder wegen des Direktkandidaten Oskar Lafontaine in Saarbrücken - 9,5 Prozent.

Vergleicht man die Ergebnisse der aktuellen Bundestagswahl mit den Ergebnissen des Jahres 2002, so fällt weiterhin auf, dass Kandidatinnen und Kandidaten der SPD, CDU und FDP jeweils weniger Zustimmung aus den eigenen Reihen erhalten haben. Die Kandidatinnen und Kandidaten der Grünen und insbesondere der Partei "die Linke" konnten hingegen einen Zuwachs an Unterstützung aus den eigenen Reihen verzeichnen. Insbesondere der Zuwachs bei der PDS ist bemerkenswert: Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit ihrer Erststimme einen Direktkandidaten der PDS gewählt haben, wählten bei dieser Wahl 82,4 Prozent auch mit ihrer Zweitstimme die PDS, im Jahr 2002 waren es nur 58,1 Prozent. Dies könnte bedeuten, dass die Affinität mit einzelnen Kandidaten in der Vergangenheit nun der Zuversicht in die Fähigkeiten der Bundespartei gewichen ist. Mit einer Rolle hat dabei vermutlich die inhaltliche Positionierung und die personelle Alternative der Linken gespielt, weswegen sie nun eher als seriöse Partei links der SPD wahrgenommen wird.

Tabelle 3 bietet konkreteren Aufschluss über das Stimmensplittung der Wählerinnen und Wähler. Die Wählerinnen und Wähler der CDU und der SPD haben kaum Gebrauch von der Möglichkeit des Stimmensplittings gemacht: 91,6 der Wählerinnen und Wähler die mit der Zweitstimme CDU gewählt hatten, wählten auch mit der Erststimme eine KandidatIn der CDU, bei den WählerInnen der SPD waren es 89 Prozent. Erwartungsgemäß splitteten die WählerInnen und Wähler der jeweils kleinen Koalitionspartner ihre Stimmen in größerem Umfang.

**Tabelle 2: Erst- und Zweitstimmenkombinationen bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002**  
Erststimmen = 100

Partei	Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Erststimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der Zweitstimme													
	SPD		CDU		GRÜNE		FDP		Die Linke		Sonstige		Ungültige	
	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002
<b>Männer</b>														
SPD	75,4	83,9	2,4	1,8	8,6	9,4	1,0	1,9	11,3	1,3	1,0	1,1	0,3	0,5
CDU	1,9	2,7	79,6	87,1	0,6	0,8	14,5	7,3	1,8	0,2	1,1	1,4	0,4	0,5
GRÜNE	25,1	31,8	5,1	4,1	56,6	56,8	3,0	2,5	8,1	2,9	1,9	1,4	0,3	0,5
FDP	5,9	6,5	14,2	13,3	0,7	1,1	71,0	74,5	5,2	0,6	2,7	3,9	0,2	0,1
Die Linke.	9,0	14,5	1,4	5,3	1,9	5,7	1,1	1,9	83,5	56,5	2,7	15,3	0,3	0,8
Sonstige	7,0	9,5	7,3	8,3	0,7	1,7	2,4	2,5	9,6	1,5	72,5	75,9	0,6	0,6
Ungültige	6,8	12,0	6,5	6,3	0,5	2,0	1,6	1,7	3,8	0,9	1,4	11,7	79,3	65,3
<b>Frauen</b>														
SPD	78,1	84,3	2,5	1,9	8,9	9,7	1,3	1,7	7,3	0,6	1,5	1,1	0,5	0,6
CDU	2,1	3,2	83,0	88,3	0,8	1,4	10,9	5,1	1,2	0,1	1,1	1,2	0,8	0,7
GRÜNE	25,9	36,4	7,5	4,7	57,9	52,1	1,7	2,6	4,5	1,1	2,3	2,6	0,3	0,5
FDP	6,7	10,2	18,2	13,8	2,2	2,7	65,9	67,2	3,4	0,5	3,3	4,9	0,3	0,7
Die Linke.	10,2	17,0	2,4	3,9	1,6	4,6	1,1	1,3	80,9	60,8	3,6	12,4	0,2	0,0
Sonstige	10,5	20,9	6,1	12,4	1,8	2,6	3,4	4,5	6,2	1,9	71,7	56,9	0,3	0,9
Ungültige	10,3	14,2	10,7	10,7	1,4	1,6	1,2	3,5	4,5	0,0	1,8	6,4	70,0	63,6
<b>Insgesamt</b>														
SPD	76,8	84,1	2,4	1,8	8,7	9,6	1,1	1,8	9,2	1,0	1,2	1,1	0,4	0,6
CDU	2,0	3,0	81,4	87,7	0,7	1,1	12,6	6,2	1,5	0,1	1,1	1,3	0,6	0,6
GRÜNE	25,6	34,5	6,7	4,4	57,4	54,0	2,1	2,6	5,8	1,8	2,1	2,1	0,3	0,5
FDP	6,4	8,4	16,4	13,6	1,5	1,9	68,2	70,8	4,2	0,5	3,0	4,4	0,2	0,4
Die Linke.	9,5	15,4	1,9	4,8	1,8	5,3	1,1	1,7	82,4	58,1	3,1	14,2	0,3	0,5
Sonstige	8,8	14,9	6,7	10,2	1,3	2,1	2,9	3,4	7,9	1,7	72,1	66,9	0,4	0,7
Ungültige	8,8	13,1	8,9	8,6	1,0	1,8	1,4	2,6	4,2	0,4	1,6	9,0	74,0	64,5



Von den WählerInnen der Grünen wählten 59,4 Prozent mit ihrer Erststimme einen Kandidaten/eine Kandidatin der SPD, von den WählerInnen der FDP 56,6 Prozent den örtlichen Kandidaten/die Kandidatin der CDU.

Interessant ist auch das Verhalten der WählerInnen der Linken, ehemals PDS. 2002 entsprach ihr Wahlverhalten dem der Wählerinnen und Wähler kleinerer Parteien; nur 49,2 Prozent der WählerInnen wählte damals auch mit der Erststimme einen Kandidaten/eine Kandidatin der eigenen Partei, während 35,7 Prozent seine/ihre Erststimme einem Kandidaten bzw. einer Kandidatin der SPD gab. Ganz anders war das Wahlverhalten der Linken-WählerInnen in diesem Jahr: 72,2 Prozent von ihnen unterstützte auch mit der Erststimme die eigenen KandidatInnen während nur 20,6 Prozent die KandidatInnen der SPD wählten. Dies kann durchaus als Beleg gewertet werden, dass die WählerInnen der Linken ihren DirektkandidatInnen eine realistische Chance eingeräumt haben ihren Wahlkreis zu gewinnen.

Die Erst- und Zweitstimmenkombination der SPD und der Linken im Saarland hatte aufgrund o.a. Kandidatur eine besondere Brisanz. Die allgemeine Annahme, die Linke würde Proteststimmen von SPD-WählerInnen auf sich vereinen, bewahrheitete sich im Saarland, trotz o.a. Kandidatur, nur bedingt: Von den SPD-WählerInnen wählten 4,3 Prozent einen Kandidaten der Linkspartei. Zum Vergleich: 3,2 Prozent der CDU-WählerInnen und Wähler wählten einen Direktkandidaten/eine Direktkandidatin der SPD. Trotzdem sind diese 4,3 Prozent

der SPD-WählerInnen für die PDS-Direktkandidaten durchaus erwähnenswert; KandidatInnen anderer Parteien wurden in wesentlich geringerem Maße unterstützt.

Auch im Vergleich zur Vorwahl hat sich einiges getan: Von WählerInnen der Grünen gab es fast 5 Prozent weniger für SPD KandidatInnen. Verursacht haben diesen Rückgang insbesondere die Frauen, deren Erststimmen nun zunehmend der eigenen Partei zugute kamen. Fast erdrutschnäsig hat sich das Wahlverhalten der FDP-Wählerinnen und Wähler verändert: Von nur 34,2 Prozent die im Jahr 2002 mit der Erststimme die CDU wählten stieg dieser Wert bei der Bundestagswahl 2005 auf 56,6 Prozent. Insbesondere die männlichen FDP-Wähler haben diesen Erdrutsch ermöglicht.

## Ungültige Stimmen

Bezüglich der ungültigen Stimmen erhärtet sich in den Tabellen 2 und 3 die These, dass Wählerinnen und Wähler zunehmend beide Stimmen ungültig machen, insbesondere die männlichen Wähler. Von 100 Wählerinnen und Wählern, die bei der Wahl des/der DirektkandidatIn ihre Stimme ungültig machten, haben bei dieser Wahl 74 Prozent auch ihre Zweitstimme ungültig gemacht, zehn Prozent mehr als noch 2002. Umgekehrt sieht man die gleiche Tendenz: Auch ausgehend von denjenigen, die mit ihrer Zweitstimme ungültig gewählt haben, waren es bei dieser Bundestagswahl 80,3 Prozent die ihre Erststimme ungültig gemacht haben, gegen 68,4 Prozent, die dies 2002 taten. Natürlich kann über die Gründe nur spekuliert werden, aber es liegt

**Tabelle 3: Erst- und Zweitstimmenkombinationen bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002**  
Zweitstimmen = 100

Partei	Von 100 Wählerinnen und Wählern, die mit der Zweitstimme nebenstehende Partei oder ungültig wählten, wählten mit der Erststimme													
	SPD		CDU		GRÜNE		FDP		Die Linke		Sonstige		Ungültige	
	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002
<b>Männer</b>														
SPD	89,6	93,1	1,9	2,3	1,7	2,3	0,6	0,7	4,9	0,5	0,9	0,6	0,5	0,5
CDU	3,3	2,5	92,3	94,1	0,4	0,4	1,6	1,8	0,9	0,2	1,1	0,7	0,5	0,4
GRÜNE	64,3	66,2	3,9	4,6	23,9	25,9	0,5	0,7	6,6	1,2	0,6	0,7	0,2	0,6
FDP	4,9	12,6	61,0	37,4	0,8	1,1	29,1	47,1	2,5	0,4	1,3	1,0	0,4	0,5
Die Linke.	21,4	37,6	3,0	4,5	0,9	5,1	0,8	1,6	71,5	47,6	2,0	2,6	0,4	1,0
Sonstige	8,5	13,6	8,4	13,6	0,9	1,1	2,0	4,5	10,5	5,7	69,1	55,7	0,7	5,8
Ungültige	5,4	14,9	7,1	10,1	0,3	0,9	0,3	0,3	2,8	0,6	1,1	0,9	82,9	72,2
<b>Frauen</b>														
SPD	88,5	91,2	2,1	2,5	2,7	3,3	0,7	1,0	3,9	0,3	1,3	1,1	0,8	0,6
CDU	3,1	2,7	90,9	93,3	0,9	0,6	2,3	1,8	1,1	0,1	0,8	0,9	0,9	0,6
GRÜNE	55,6	62,6	4,2	6,5	33,7	27,7	1,3	1,5	3,3	0,5	1,2	0,8	0,6	0,4
FDP	7,1	14,4	51,9	30,7	0,9	1,8	35,7	50,0	2,0	0,2	2,0	1,8	0,5	1,1
Die Linke.	19,5	32,4	2,8	3,4	1,1	5,0	0,9	2,2	73,0	52,0	1,8	5,0	0,8	0,0
Sonstige	12,1	19,4	8,0	14,4	1,7	3,7	2,7	7,5	10,1	3,4	64,3	47,4	1,0	4,3
Ungültige	8,1	16,7	11,3	14,2	0,5	1,1	0,5	1,6	0,9	0,0	0,5	1,1	78,3	65,2
<b>Insgesamt</b>														
SPD	89,0	92,1	2,0	2,4	2,2	2,8	0,7	0,8	4,3	0,4	1,1	0,9	0,6	0,6
CDU	3,2	2,6	91,6	93,7	0,7	0,5	2,0	1,8	1,0	0,2	0,9	0,8	0,7	0,5
GRÜNE	59,4	64,2	4,1	5,7	29,5	26,9	0,9	1,2	4,8	0,8	0,9	0,8	0,4	0,5
FDP	5,9	13,5	56,6	34,2	0,8	1,4	32,3	48,4	2,3	0,3	1,6	1,4	0,5	0,8
Die Linke.	20,6	35,7	2,9	4,1	1,0	5,1	0,9	1,8	72,2	49,2	1,9	3,5	0,6	0,6
Sonstige	10,4	16,2	8,2	13,9	1,4	2,3	2,4	5,8	10,3	4,6	66,5	52,0	0,9	5,1
Ungültige	6,9	15,9	9,5	12,3	0,4	1,0	0,4	1,0	1,8	0,3	0,8	1,0	80,3	68,4



die Vermutung nahe, dass es nicht an zunehmend geringerem Verständnis des Wahlsystems, sondern an einer Zunahme derer liegt, die sich der Wahl nicht enthalten wollen, sondern bewusst niemand ankreuzen können oder wollen.

### Alter und Wahlverhalten

Aus den Ergebnissen der Repräsentativen Wahlstatistik bei den Bundestagswahlen 2002 und 2005 geht hervor, dass sich das Wahlverhalten der verschiedenen Altersgruppen verändert hat:

Erreichte die SPD 2002 noch ihr bestes Ergebnis in der Gruppe der 35 bis unter 45-Jährigen, so war es im Jahr 2005

Das Ergebnis der Linken im Jahr 2005 ist nur schwierig mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2002 zu vergleichen. Da nicht nur der Name der Partei ein anderer ist, sondern der Zusammenschluss mit der WASG und einer der Spitzenkandidaten diese Partei „salonfähig“ gemacht haben, ist die Wählerzustimmung explosionsartig gestiegen. Mit einer Rolle hat dabei vermutlich auch gespielt, dass die Zustimmung mit der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung rückläufig war und die Wählerschaft eine Alternative links der Mitte gesucht hat. Damit hat sich auch die Wählerschaft tendenziell geändert: Waren es 2002 überwiegend die jüngeren Wähler, die diese Partei wähl-

**Tabelle 4: Abgegebene Zweitstimmen in Prozent nach Alter und Parteien bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002**

Alter	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		PDS/Die Linke	
	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002
18 bis unter 25 Jahre	36,2	44,2	21,1	27,0	9,4	10,4	8,9	10,6	16,5	3,0
25 bis unter 35 Jahre	34,3	47,1	22,6	26,0	10,6	9,4	8,0	10,9	16,8	1,6
35 bis unter 45 Jahre	34,5	47,7	23,8	28,6	7,5	7,2	8,4	10,9	20,1	1,2
45 bis unter 60 Jahre	32,9	46,1	29,0	35,4	7,4	6,9	5,5	7,0	21,2	1,3
60 Jahre und mehr	34,2	44,3	39,9	44,3	6,4	4,5	3,0	3,6	13,7	1,0
<b>Insgesamt</b>	<b>34,1</b>	<b>45,8</b>	<b>30,2</b>	<b>35,2</b>	<b>7,6</b>	<b>6,8</b>	<b>5,8</b>	<b>7,5</b>	<b>17,7</b>	<b>1,3</b>

**Tabelle 5: Alter der Wählerschaft bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002 (Zweitstimmen)**

Alter	SPD		CDU		FDP		GRÜNE		PDS/Die Linke	
	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002	2005	2002
18 bis unter 25 Jahre	8,6	7,5	5,7	6,0	10,0	12,0	12,4	11,0	7,5	17,3
25 bis unter 35 Jahre	10,7	12,3	8,0	8,9	14,9	16,7	14,7	17,5	10,2	14,3
35 bis unter 45 Jahre	20,1	22,1	15,6	17,2	19,6	22,7	28,9	31,0	22,7	19,0
45 bis unter 60 Jahre	27,7	26,0	27,6	26,0	28,1	26,3	27,3	24,3	34,4	24,9
60 Jahre und mehr	32,8	32,1	43,1	41,9	27,4	22,3	16,7	16,2	25,3	24,5
<b>Insgesamt</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

die Gruppe der 18 bis unter 25-Jährigen. Für die CDU ist die Tendenz unverändert: Mit zunehmendem Alter wird das Ergebnis für die CDU besser. Für die FDP war die Tendenz 2002 genau anders herum: Je jünger die Gruppe, je besser das Ergebnis. 2005 lässt sich nun feststellen, dass die Zustimmung in der Gruppe der 25 bis unter 35-jährigen überproportional gestiegen ist. Auch ist der Rückgang mit zunehmendem Alter nicht mehr ganz so ausgeprägt wie noch vor drei Jahren. Die Grünen haben nach wie vor die meiste Zustimmung in den Gruppen bis unter 45 Jahre.

ten, so sind es nun die Gruppen der 35 bis unter 60-Jährigen, in denen das höchste Ergebnis erzielt wurde.

Wenn man sich nun die Zusammenstellung der Wählerschaft der einzelnen Parteien ansieht (Tabelle 5), ist die Entwicklung bei der PDS bzw. der Linken am augenfälligsten. 2002 betrug die maximale Varianz 10,6 Prozentpunkte zwischen den Altersgruppen mit den meisten bzw. wenigsten Wählerinnen und Wählern der damaligen PDS. Bei der diesjährigen Bundestagswahl bestand nur noch 7,5 Prozent der Wählerschaft der Linken aus 18 bis unter 25-Jährigen, während die größte Wählergrup-

**Tabelle 6: Stimmabgabe der Männer und Frauen nach Wahlvorschlägen bei den Bundestagswahlen 2005 und 2002 (Zweitstimmen)**

Wahl	Wahlbeteiligung	Ungültige Stimmen	SPD	CDU	GRÜNE	FDP	Die Linke. <sup>1)</sup>	Sonstige
<b>Männer</b>								
2005	79,6	2,0	32,7	29,0	5,2	8,0	20,6	4,4
2002	80,4	1,8	44,4	35,4	7,0	7,4	1,8	4,0
<b>Frauen</b>								
2005	77,6	2,4	35,3	31,3	6,4	7,2	14,9	4,8
2002	79,0	1,9	47,1	35,0	7,9	6,1	0,9	3,0
<b>Insgesamt</b>								
<b>2005</b>	<b>78,5</b>	<b>2,2</b>	<b>34,1</b>	<b>30,2</b>	<b>5,8</b>	<b>7,6</b>	<b>17,7</b>	<b>4,6</b>
<b>2002</b>	<b>79,7</b>	<b>1,8</b>	<b>45,8</b>	<b>35,2</b>	<b>7,5</b>	<b>6,8</b>	<b>1,3</b>	<b>3,5</b>

1) 2002: PDS.

pe, die 45 bis unter 60 Jährigen, 34,4 Prozent ausmachte. Dabei ist auffällig, dass der Anteil der jüngeren Wählerinnen und Wähler bis unter 35 Jahre signifikant von 31,6 Prozent im Jahr 2002 auf nunmehr 17,7 Prozent zurückgefallen ist.

Bei den Zusammenstellungen der Wählerschaften der einzelnen Parteien spielt vermutlich der demografische Faktor eine Rolle. Da es zunehmend mehr ältere als jüngere Wählerinnen und Wähler gibt, steigt ihr Anteil mit jeder Altersgruppe. Dies gilt insbesondere für die großen Volksparteien, bei denen sich außerdem in den letzten drei Jahren die Verteilung der Wählerschaften über die Altersgruppen nicht signifikant verändert hat. Auffällig ist bei diesen Parteien jedoch der Anteil der über 60-Jährigen, bei der SPD immerhin fast ein Drittel der Wählerschaft, bei der CDU sogar noch 10 Prozentpunkte mehr.

Auch für die FDP kann Ähnliches gesagt werden, wobei insbesondere der Anstieg in der Altersgruppe der über 60-Jährigen im Vergleich zur Bundestagswahl 2002 erwähnenswert ist. Die Grünen sind bei diesen Überlegungen nach wie vor eine Ausnahme. Ob es noch immer das eher anarchistische Image ist, fehlendes ökologisches Interesse oder sonstige Gründe sei dahingestellt; Fakt ist, dass die über 60-Jährigen nur knapp 17 Prozent ihrer Wählerschaft ausmachen.

Die Wahlbeteiligung ist sowohl bei Männern als auch bei Frauen leicht zurückgegangen. Auch im Vergleich der beiden Bundestagswahlen kann festgestellt werden, dass SPD, CDU und Grüne gleichermaßen bei Männern und Frauen Stimmen verloren haben. Bei den beiden Parteien, die Zugewinne verzeichnen konnten, die FDP und die Linke, fällt insbesondere der Unterschied zwischen Männern und Frauen bei der Partei "die Linke" auf. Über 20 Prozent der Männer wählten diese Partei, während nur knapp 15 Prozent der Frauen sie wählten.

Mehr Frauen als Männer haben jedoch bei beiden Wahlen die SPD oder die Grünen gewählt. Bei der CDU hat sich das diesbezügliche Verhältnis gewendet: Waren es 2002 noch mehr Männer, die die CDU wählten, so sind es nun mehr Frauen.

### 3. Analyse nach sozioökonomischen Indikatoren

Ziel dieser Studie war es, die Wahlbeteiligung und das Wahlergebnis der 52 saarländischen Gemeinden nach verschiedenen und z.T. neuen Indikatoren zu analysieren. Zunächst wurden verschiedene sozioökonomische Indikatoren definiert, bei denen die Vermutung bestand, dass sie von Einfluss auf das Wahlverhalten sein könnten: Bevölkerungsdichte, Ausbildungsgrad, Anteil der Arbeitslosen, Religion und Anteil der Beamten an der Bevölkerung der Gemeinden. Die Gemeinden wurden nach noch zu erläuternden Kriterien in Gemeinden mit einem hohen bzw. einem niedrigen Anteil an den entsprechenden Indikatoren eingeteilt.

#### Methodische Verantwortung

Bei der Einteilung der Gemeinden in „hoher“ bzw. „niedriger“ Anteil an o.a. Indikatoren stellte sich die Frage, nach welchen Kriterien "hoch" und "niedrig" definiert werden kann.

Für alle Indikatoren wurde der Durchschnitt aller Gemeinden jeweils als Grenzwert gehandhabt. Gemeinden mit einem geringeren Wert wurden als "niedrig" und Gemeinden mit einem höheren Wert als "hoch" eingestuft würden. Bei drei Analysen, nämlich „Ausbildungsgrad“, „Anteil der Beamten“ und „Arbeitslose“ lagen Gemeinden genau auf dem Durchschnittswert. Die beiden Erstgenannten wurden als "hoch" eingestuft weil sie den Wert durch Abrundung nach unten erreicht hatten und demnach eigentlich über dem Durchschnittswert lagen, bei "Arbeitslosen" wurde die Gemeinde als niedrig eingestuft, weil sie den Wert durch Aufrundung erreicht hatte.

Grundlage für den Maßstab einer hohen bzw. niedrigen Bevölkerungsdichte war selbstverständlich die amtliche Angabe der Einwohner je km<sup>2</sup> zum 31.12.2004. Der Durchschnittswert aller saarländischen Gemeinden betrug 411 Einwohner pro km<sup>2</sup>.

Die Bestimmung des Ausbildungsgrades der Einwohner der Gemeinden stellte ein Problem dar. Da die Angaben zu den Einwohnern mit Abitur oder Hochschulabschluss auch ausländische Bürgerinnen und Bürger beinhalten, die amtliche Statistik aber keine (Gemeinde)Daten bezüglich der Ausländer mit Abitur oder Hochschulabschluss besitzt, konnten diese Daten nicht direkt mit den Wahlberechtigten zur Bundestagswahl verknüpft werden. Ausgehend von den "Beschäftigten am Wohnort mit Abitur oder Hochschulabschluss" wurde der Ausbildungsgrad mittels der Bevölkerung "18 Jahre und älter", einschließlich ausländischer Bürgerinnen und Bürger, berechnet. Unberücksichtigt blieb dabei der Ausbildungsgrad der nicht Beschäftigten. Auch wurde in Kauf genommen, dass die Quote leicht verfälscht werden könnte von Schülern, die bereits vor dem 18. Lebensjahr das Abitur erreicht hatten. Der Durchschnittswert aller Gemeinden betrug 5 Prozent.

Bei den Arbeitslosendaten wurde zunächst von der Prämisse ausgegangen, dass derjenige, der arbeitslos gemeldet ist, auch mindestens 18 Jahre alt ist. Auch hier waren in dem ursprünglichen Datenbestand die ausländischen und demnach nicht wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger enthalten. Da jedoch ausländische Arbeitslose auf Gemeindeebene erfasst sind, konnten die arbeitslosen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger bzw. deren Quote an der wahlberechtigten Bevölkerung ermittelt werden. Der Durchschnittswert aller Gemeinden betrug hier 4,9 Prozent.

Angaben zur Religionszugehörigkeit der Bevölkerung werden nicht von der amtlichen Statistik im Saarland ermittelt. Um diesbezügliche Analysen durchführen zu können, wurde auf die Steuerstatistik zurückgegriffen. Im Rahmen der Erfassung der Steuereinkünfte wird auch die Kirchensteuer erfasst. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass lediglich die römisch-katholische

und die evangelische Kirche diese Steuer erheben und somit Gläubige anderer Glaubensrichtungen nicht erfasst sind. Da lediglich Angaben zur Anzahl der Kirchensteuer zahlenden Steuerzahler zur Verfügung stehen, muss auch bedacht werden, dass weitere gläubige Familienmitglieder des Hauptverdieners/der Hauptverdienerin unberücksichtigt bleiben. Drittens sind in dieser Statistik die arbeitslosen Gläubigen nicht enthalten. Die Quote der beiden o.g. Religionen wurde aus der Gesamtzahl der Steuerzahler errechnet, der Durchschnittswert bei Römisch-Katholisch lag bei 66,5 Prozent, bei Evangelisch bei 19,7 Prozent. Trotz o.a. Einschränkungen sind die Daten zur Religionszugehörigkeit aus meiner Sicht nutzbar.

Der Anteil der Beamten am Wohnort wurde berechnet, indem die Zahl der Beamten in Prozent der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger ausgedrückt wurde. Dabei wurde davon ausgegangen, dass unter 18-Jährige eher selten verbeamtet sind. Der Durchschnittswert aller Gemeinden betrug 3,54 Prozent.

Gemäß o.a. Indikatoren wurden die Gemeinden jeweils in Gruppen mit niedrigen bzw. hohen Werten eingeteilt und für jede Gruppe das Wahlergebnis berechnet. Das Ergebnis wird im Folgenden dargestellt.

### Wahlbeteiligung

Da die Wahlbeteiligung einerseits von den o.a. sozioökonomischen Faktoren beeinflusst wird, andererseits aber selbst auch von Einfluss auf das Wahlergebnis sein könnte, wurden beide Aspekte untersucht.

Aus dieser Grafik geht hervor, dass insbesondere die CDU von einer hohen Wahlbeteiligung profitieren konnte, während die Grünen und die Linken ein besseres Ergebnis in Gemeinden mit einer niedrigen Wahlbeteiligung erzielen konnten. Die Ergebnisse der SPD und der FDP unterlagen diesbezüglich

kaum Schwankungen und wurden unabhängig von der Wahlbeteiligung fast konstant gewählt.

Die Analyse der Wahlbeteiligung nach sozioökonomischen Indikatoren ergab, dass eine niedrige Bevölkerungsdichte, ein niedriger Anteil an evangelischen Einwohnern, ein hoher Anteil an römisch-katholischen Einwohnern, ein niedriger Arbeitslosenanteil und ein hoher Anteil an Beamten zu einer relativ hohen Wahlbeteiligung beiträgt. Lediglich der Ausbildungsgrad scheint kaum von Einfluss auf die Wahlbeteiligung zu sein.

Aus der Einteilung der Gemeinden nach hoher und niedriger Wahlbeteiligung ging hervor, dass die durchschnittliche Wahlbeteiligung in Gemeinden mit einer niedrigen Wahlbeteiligung bei 74,1 Prozent, in Gemeinden mit einer hohen Wahlbeteiligung bei 79,7 Prozent lag.

### Bevölkerungsdichte

Eine niedrige Bevölkerungsdichte, oder auch ländliche Umgebung, kommt eindeutig der CDU zugute. Alle anderen Parteien hatten in den Gemeinden mit einer hohen Bevölkerungsdichte ein besseres Ergebnis.

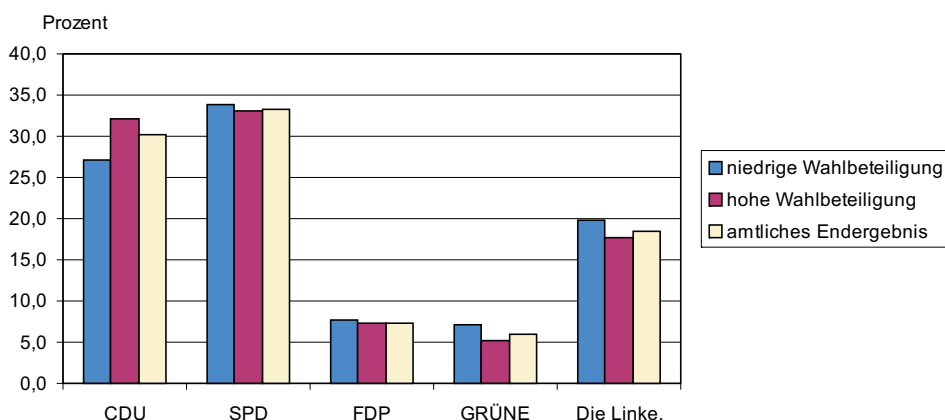
### Religion

In Gemeinden mit einem hohen Anteil an römisch-katholischen Bürgerinnen und Bürgern hat ausschließlich die CDU ein besseres Ergebnis als in Gemeinden mit einem niedrigen Anteil. Genau anders herum ist es bei Gemeinden mit einem hohen Anteil an evangelischen Bürgerinnen und Bürgern: Dort haben SPD, FDP, Grüne und die Linke ein besseres Ergebnis als in Gemeinden mit einem niedrigen Anteil.

### Arbeitslose

Dies ist wohl der Indikator mit dem eindeutigsten Ergebnis: Bei einem hohen Anteil Arbeitsloser in den Gemeinden ist das Wahlergebnis der CDU signifikant geringer als in den Gemein-

**Grafik 3: Bundestagswahlergebnis 2005 nach Wahlbeteiligung (Zweitstimmen)**



**Tabelle 7: Wahlbeteiligung an der Bundestagswahl 2005 nach sozioökonomischen Indikatoren**

Kriterium	Wahlbeteiligung in %
Bevölkerungsdichte niedrig	79,4
Bevölkerungsdichte hoch	76,2
Evangelisch niedrig	78,9
Evangelisch hoch	75,8
Römisch Katholisch niedrig	75,9
Römisch Katholisch hoch	79,0
Arbeitslose niedrig	79,2
Arbeitslose hoch	73,8
Ausbildungsgrad niedrig	77,8
Ausbildungsgrad hoch	76,7
Beamte niedrig	76,2
Beamte hoch	79,7
<b>Wahlbeteiligung gemäß amtlichem Endergebnis</b>	<b>79,4</b>

den mit einem niedrigen Anteil an Arbeitslosen. Die SPD hat in den Gemeinden mit einem hohen Anteil an Arbeitslosen erwartungsgemäß ein besseres Ergebnis, allerdings scheint insbesondere die Partei "die Linke" in diesen Gemeinden Zustimmung gefunden zu haben.

## Ausbildungsgrad der Beschäftigten

Dieser Aspekt spielt bei der Wahlentscheidung der Wählerinnen und Wähler der Linken fast gar keine Rolle. Die SPD und die CDU erzielen in Gemeinden mit einem niedrigen Ausbildungsgrad ein besseres Ergebnis als in den Gemeinden mit einem hohen Ausbildungsgrad, den größten Zugewinn verzeichnet die SPD.

## Beamte

Ein hoher Anteil an Beamten an der Anzahl der Wahlberechtigten Bürger kommt insbesondere der CDU zugute, ein niedriger Anteil an Beamten den Grünen und insbesondere der Partei "die Linke". Das Wahlergebnis der SPD wird dahingegen von diesem Faktor kaum beeinflusst.

Soweit die ersten Erkenntnisse dieser Daten. Insbesondere im Bereich der sozioökonomischen Auswertung ist hier ein erster Schritt gemacht worden. Zukünftige Auswertungen können interessante Erkenntnisse über eine sich ändernde Wählerschaft an den Tag bringen.

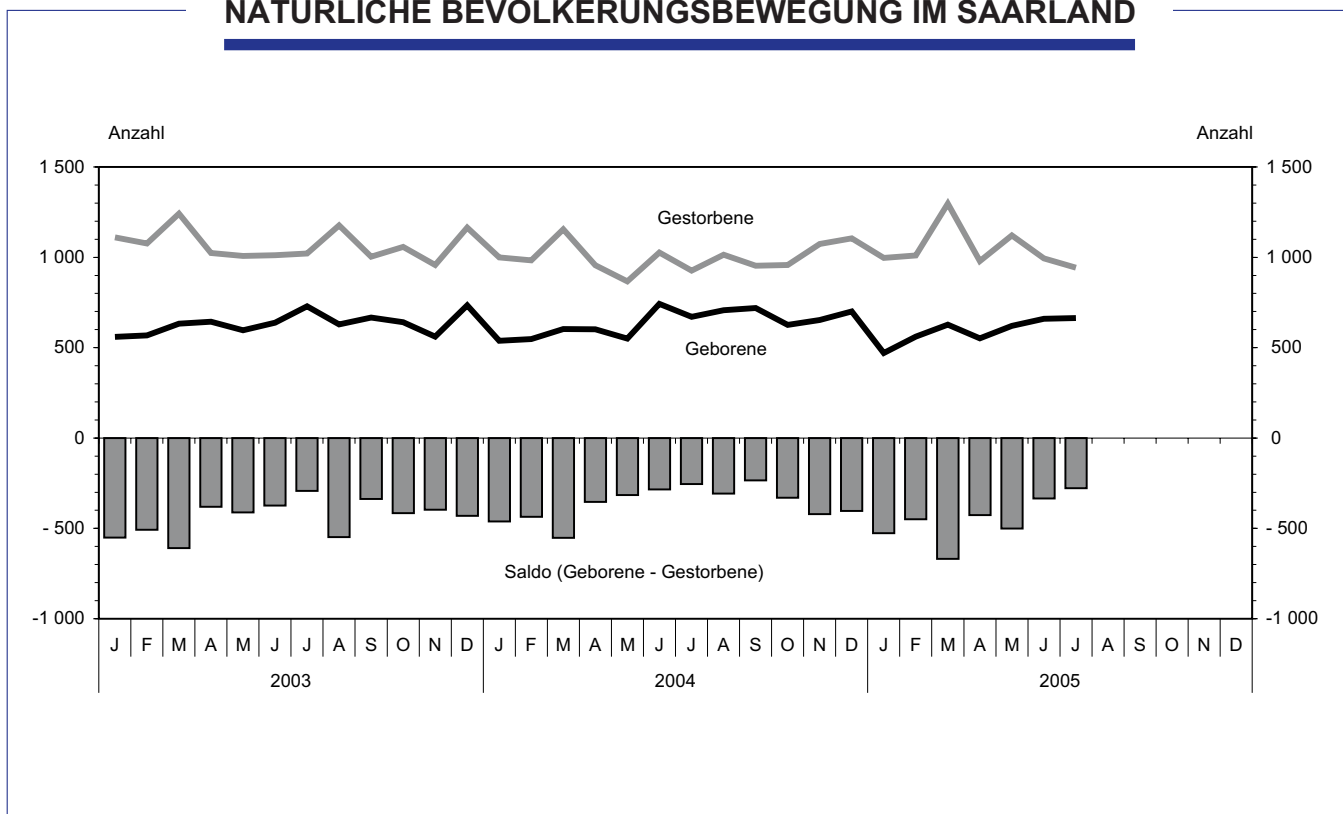
Weitere Informationen zur Repräsentativen Statistik unter <http://www.statistik.saarland.de> oder in der Veröffentlichung des Endgültigen Endergebnisses.

**Tabelle 8: Wahlergebnis (Zweitstimmen) nach sozioökonomischen Faktoren und Wahlbeteiligung**

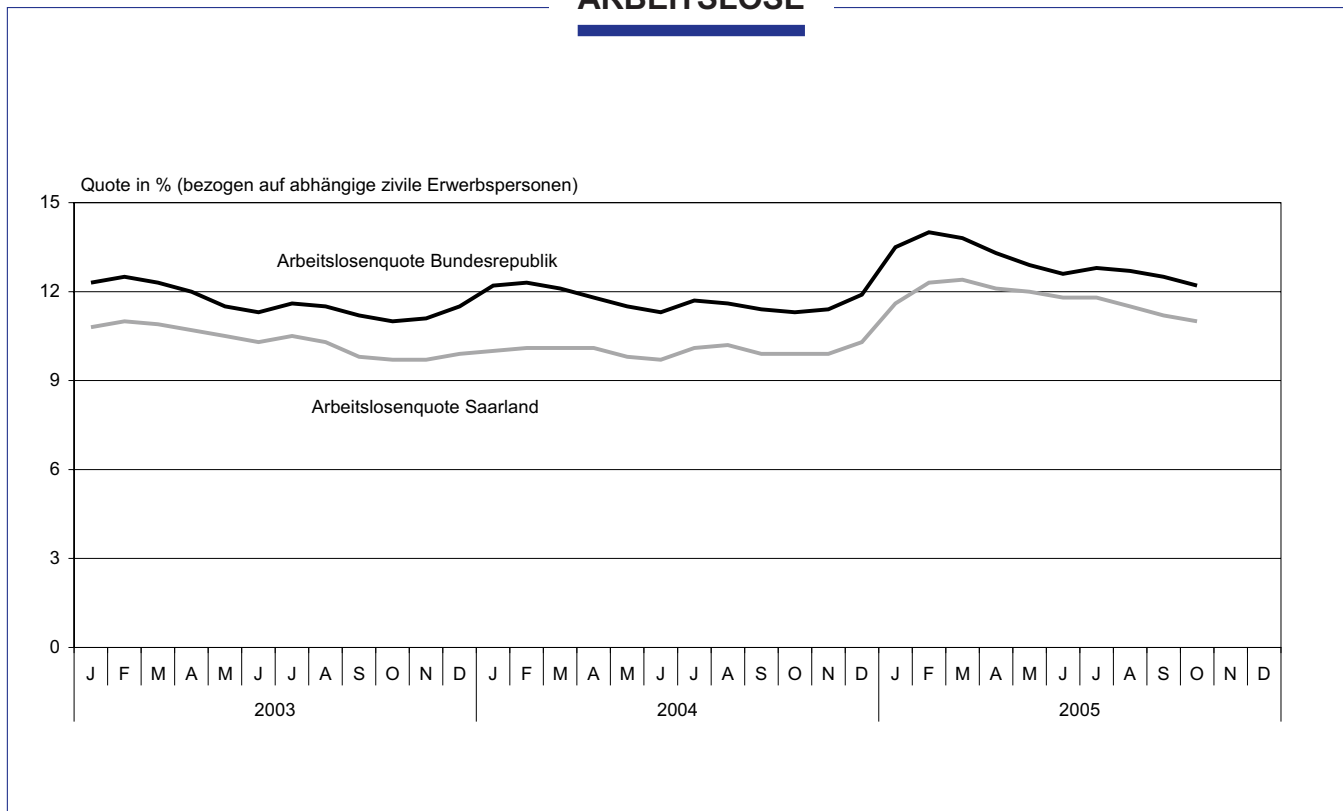
Kriterium	Klassifizierung	CDU	SPD	FDP	GRÜNE	Die Linke
Nach Wahlbeteiligung	niedrig	27,2	33,8	7,7	7,0	19,8
	hoch	32,1	33,0	7,3	5,2	17,6
Nach Bevölkerungsdichte	niedrig	32,8	32,9	7,3	5,3	16,9
	hoch	28,4	33,6	7,5	6,3	19,5
Nach Religion EV	niedrig	32,9	32,5	7,4	5,1	17,6
	hoch	27,2	34,3	7,6	6,8	19,5
Nach Religion RK	niedrig	27,5	33,9	7,7	6,8	19,2
	hoch	32,7	32,8	7,2	5,0	17,8
Nach Arbeitslosen	niedrig	32,0	33,1	7,4	5,3	17,4
	hoch	26,2	33,8	7,5	7,3	20,8
Nach Ausbildungsgrad	niedrig	30,7	34,1	7,1	5,0	18,6
	hoch	29,1	32,0	8,1	7,6	18,3
Nach Anteil Beamte	niedrig	28,5	33,6	7,5	6,2	19,5
	hoch	33,3	32,9	7,4	5,3	16,5
<b>Amtliches Endergebnis</b>		<b>30,2</b>	<b>33,3</b>	<b>7,4</b>	<b>5,9</b>	<b>18,5</b>

# WIRTSCHAFTSGRAFIKEN

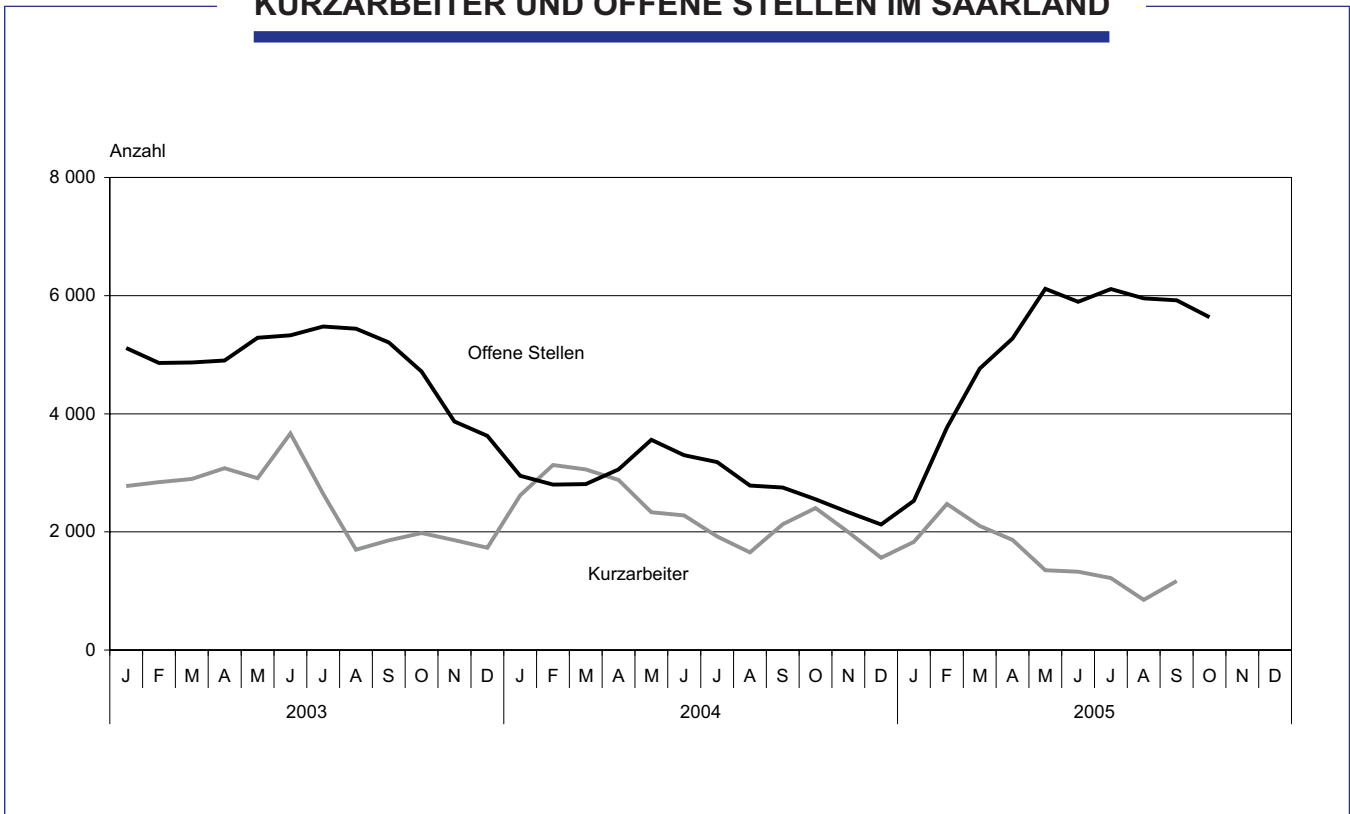
## NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG IM SAARLAND



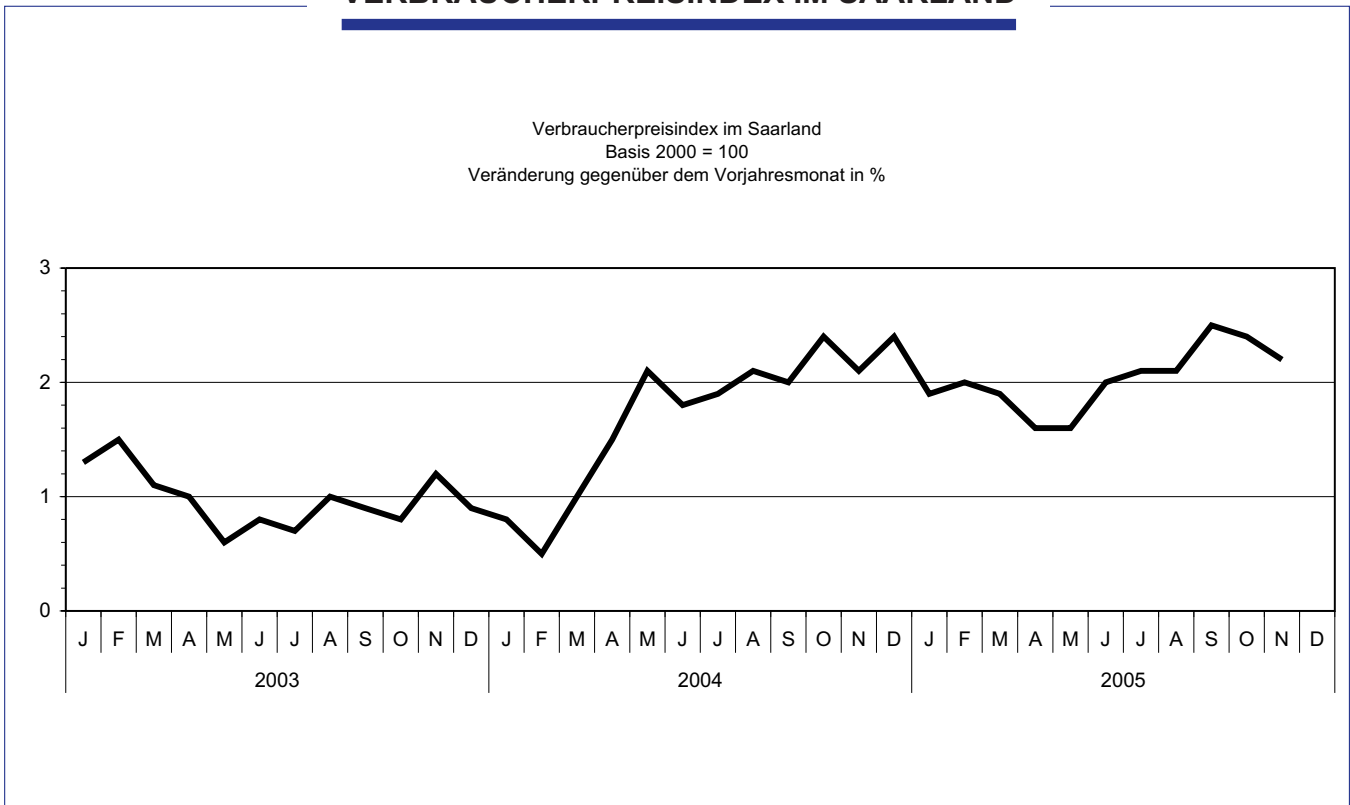
## ARBEITSLOSE



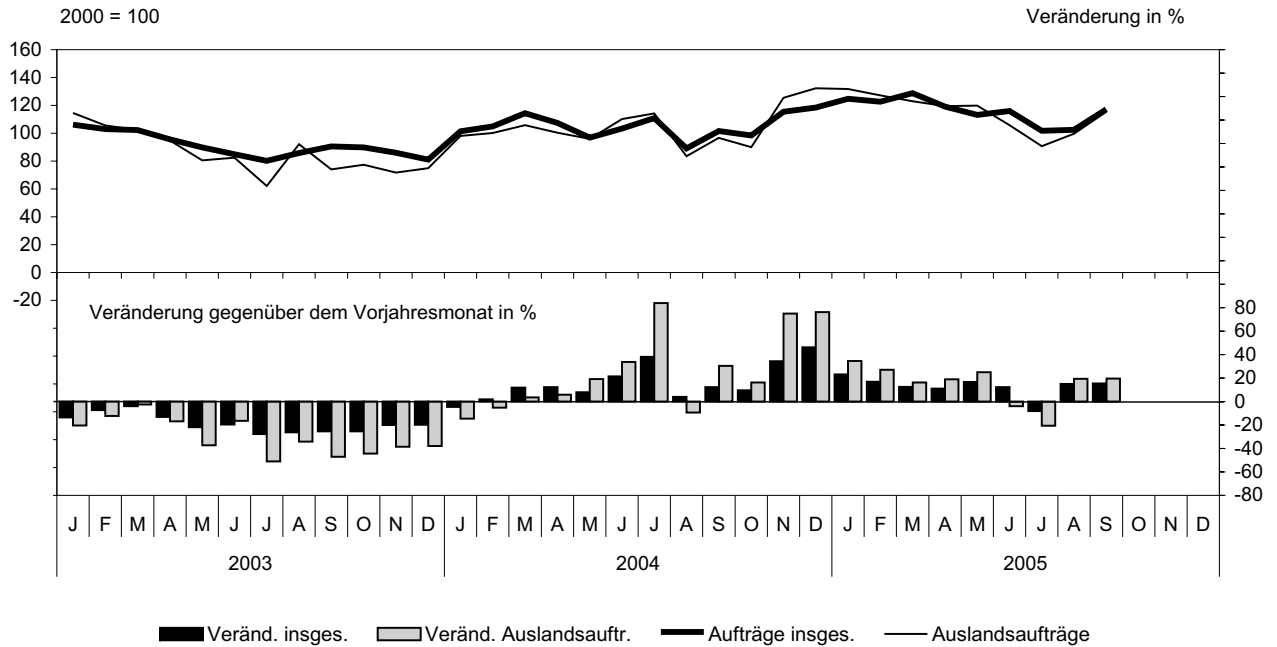
**KURZARBEITER UND OFFENE STELLEN IM SAARLAND**



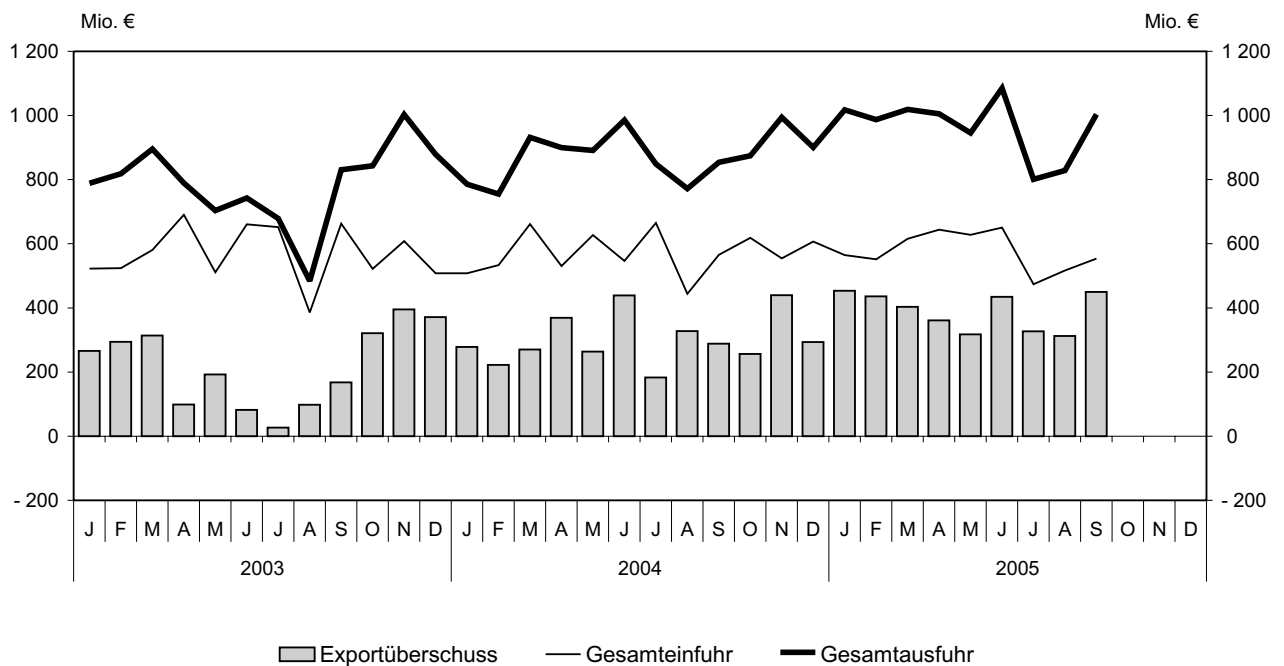
**VERBRAUCHERPREISINDEX IM SAARLAND**



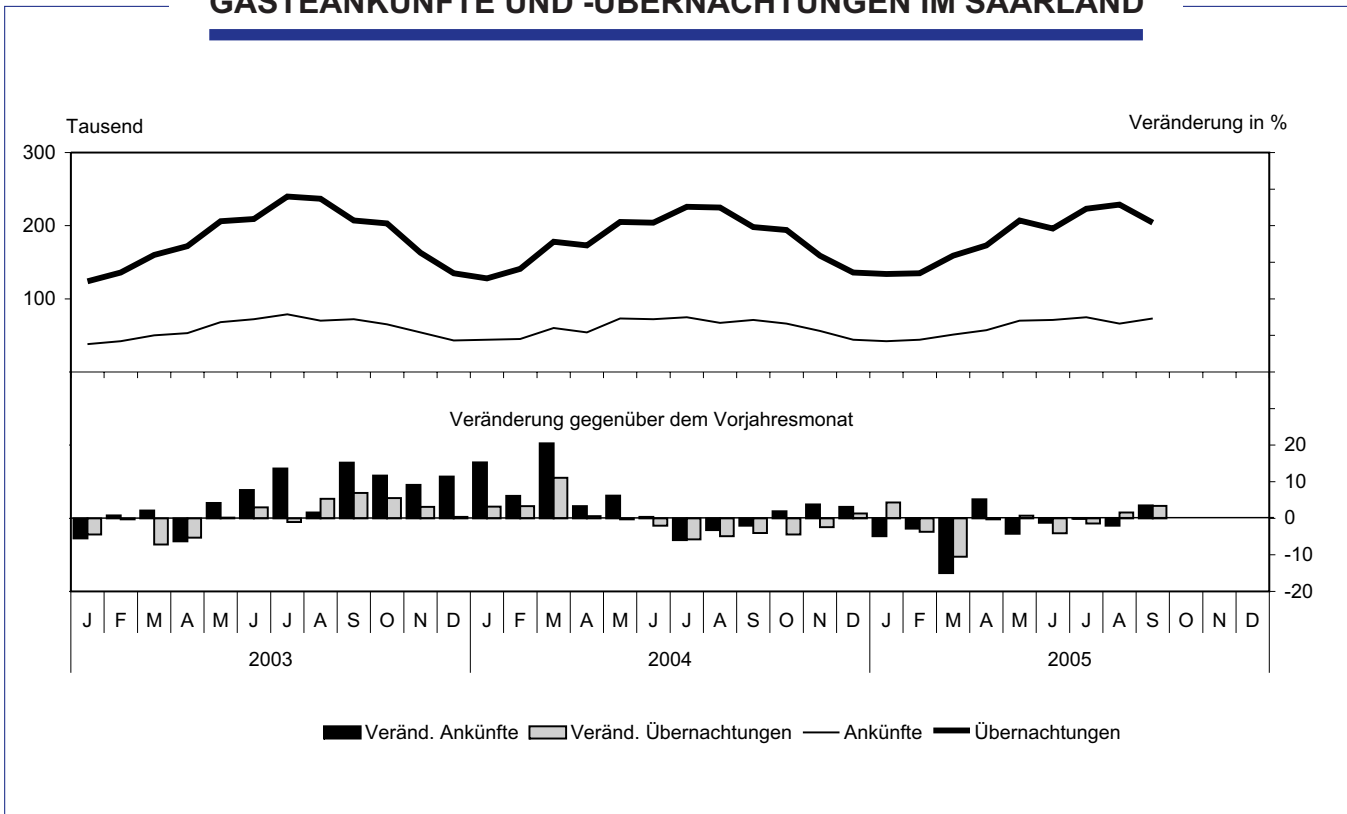
## AUFTRAGSEINGANGSINDEX VERARBEITENDES GEWERBE IM SAARLAND



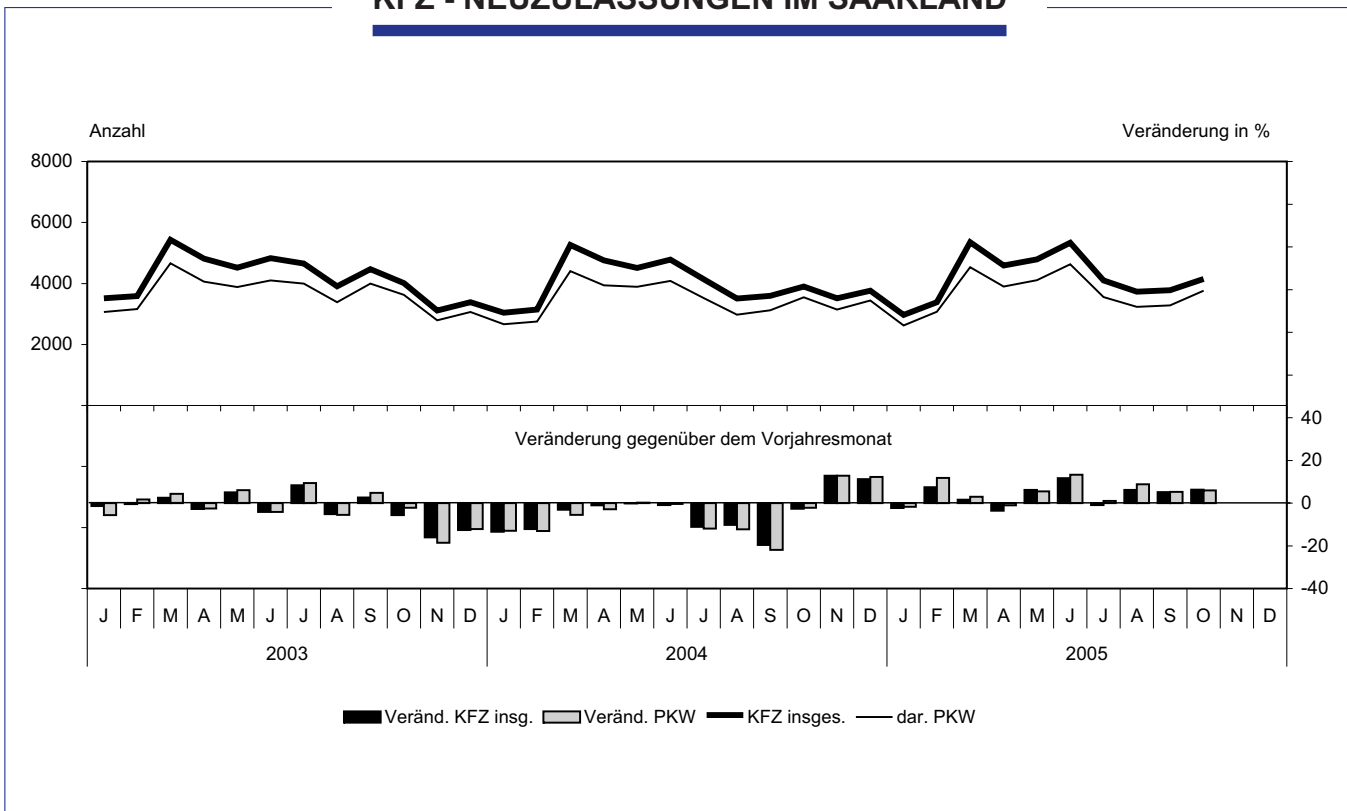
## AUSSENHANDEL IM SAARLAND



GÄSTEANKÜNFTE UND -ÜBERNACHTUNGEN IM SAARLAND

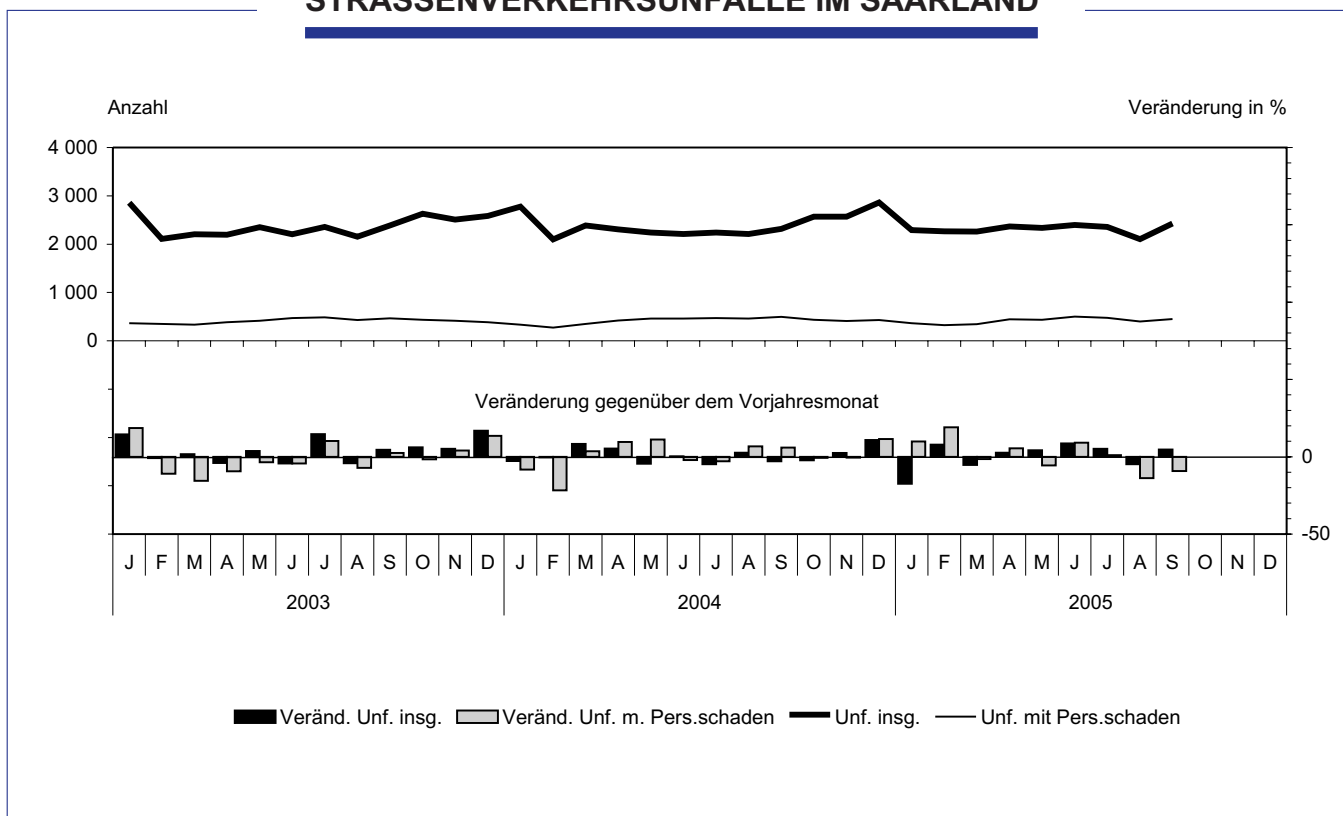


KFZ - NEUZULASSUNGEN IM SAARLAND

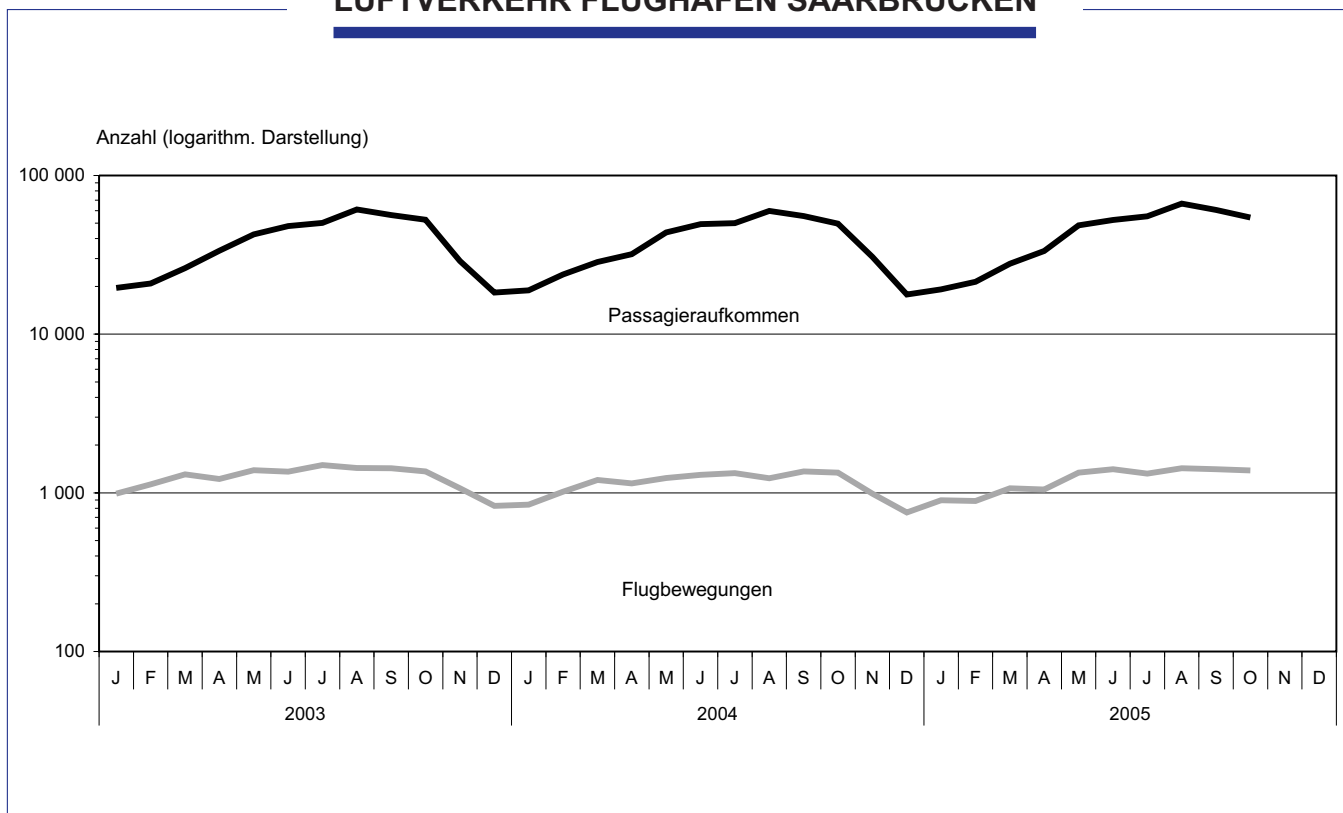




## STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE IM SAARLAND



## LUFTVERKEHR FLUGHAFEN SAARBRÜCKEN



# Konjunktur aktuell

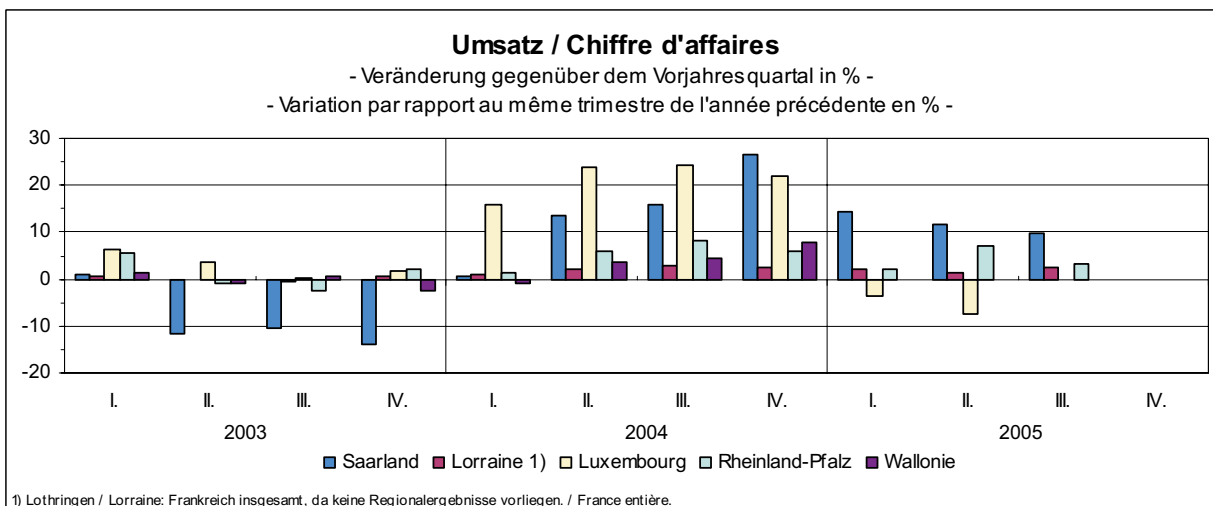
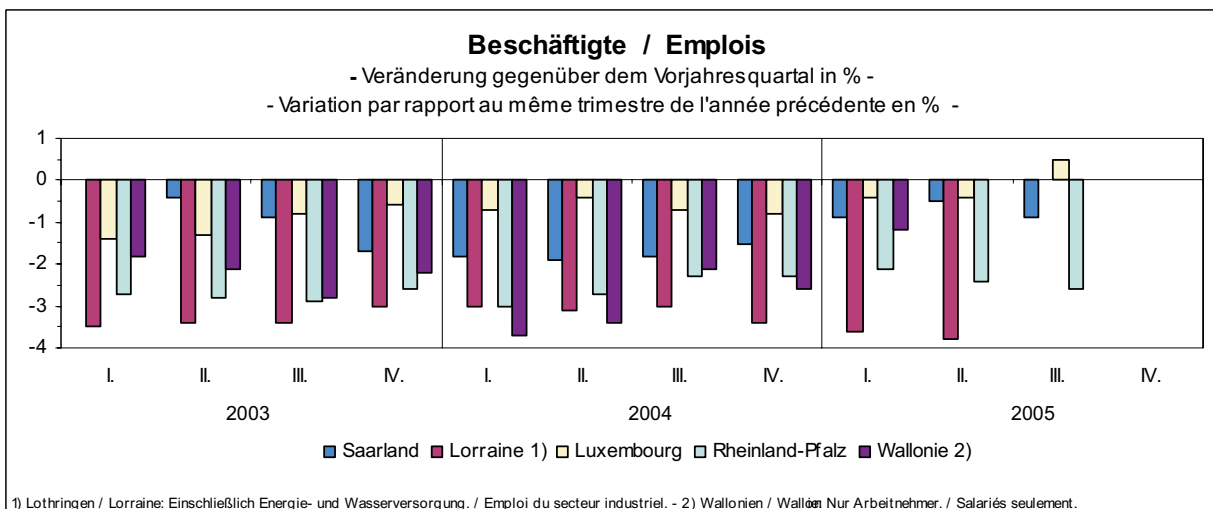
## Conjoncture actuelle

### III. Quartal · Trimestre 2005

Großregion Saar – Lor – Lux – Rheinland-Pfalz – Wallonien  
 Grande Région Saar – Lor – Lux – Rhénanie-Palatinat – Wallonie

08.12.2005

### Verarbeitendes Gewerbe · Industrie manufacturière (NACE D)



Herausgeber · Éditeurs: Statistisches Landesamt Saarland, Saarbrücken · Institut National de la Statistique et des Études Économiques – INSEE, Direction Régionale de Lorraine, Nancy · STATEC – Service Central de la Statistique et des Études Économiques, Luxembourg · Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems · Institut wallon de l'évaluation, de la prospective et de la statistique – IWEPS, Jambes (Namur).

**Großregion Saar - Lor - Lux - Rheinland-Pfalz - Wallonien**  
**Grande Région Saar - Lor - Lux - Rhénanie-Palatinat - Wallonie**

Jahr Année	Quartal Trimestre	<b>Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe (NACE D)</b> <b>Emplois dans l'industrie manufacturière (NACE D)</b>				
		Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in % Variation par rapport au même trimestre de l'année précédente en %				
		Saarland	Lorraine <sup>1)</sup>	Luxembourg	Rheinland-Pfalz	Wallonie <sup>2)</sup>
2003	I.	0,0	-3,5	-1,4	-2,7	-1,8
	II.	-0,4	-3,4	-1,3	-2,8	-2,1
	III.	-0,9	-3,4	-0,8	-2,9	-2,8
	IV.	-1,7	-3,0	-0,6	-2,6	-2,2
2004	I.	-1,8	-3,0	-0,7	-3,0	-3,7
	II.	-1,9	-3,1	-0,4	-2,7	-3,4
	III.	-1,8	-3,0	-0,7	-2,3	-2,1
	IV.	-1,5	-3,4	-0,8	-2,3	-2,6
2005	I.	-0,9	-3,6	-0,4	-2,1	-1,2
	II.	-0,5	-3,8	-0,4	-2,4	
	III.	-0,9		0,5	-2,6	
	IV.					

1) Lothringen / Lorraine: Einschließlich Energie- und Wasserversorgung. / Emploi du secteur industriel. - 2) Wallonien / Wallonie: Nur Arbeitnehmer. / Salariés seulement.

Jahr Année	Quartal Trimestre	<b>Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (NACE D)</b> <b>Chiffre d'affaires dans l'industrie manufacturière (NACE D)</b>				
		Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in % Variation par rapport au même trimestre de l'année précédente en %				
		Saarland	Lorraine <sup>1)</sup>	Luxembourg	Rheinland-Pfalz	Wallonie
2003	I.	1,0	0,7	6,2	5,5	1,4
	II.	-11,6	-0,1	3,5	-1,1	-0,8
	III.	-10,3	-0,6	0,2	-2,6	0,5
	IV.	-14,0	0,7	1,8	2,1	-2,4
2004	I.	0,6	1,0	15,9	1,4	-1,0
	II.	13,5	2,3	23,8	5,9	3,8
	III.	15,7	3,0	24,1	8,3	4,3
	IV.	26,5	2,7	22,0	5,9	7,7
2005	I.	14,4	2,1	-3,5	2,3	
	II.	11,7	1,2	-7,3	7,2	
	III.	9,7	2,5	0,0	3,3	
	IV.					

1) Lothringen / Lorraine: Frankreich insgesamt, da keine Regionalergebnisse vorliegen. / France entière.

## VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES SAARLAND

### Statistische Berichte im Monat Oktober 2005

Bevölkerungsentwicklung im 2. Vierteljahr 2005	A I 1/A II 1 - vj 2/2005	Handel im Juli 2005	G I 1 - m 7/2005
Ausländer im Saarland am 31. Dezember 2004	A I 4 - j 2004	Handel im August 2005	G I 1 - m 8/2005
Eheschließungen, Geborene und Gestorbene im 2. Vierteljahr 2005	A II 1 - vj 2/2005	Fremdenverkehr im Juni 2005 und 1. Halbjahr 2005	G IV 1 - m 6/2005
Wanderungen im 2. Vierteljahr 2005	A III 1 - vj 2/2005	Gastgewerbe im Juni 2005	G IV 3 - m 6/2005
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.09.2004	A VI 5 - vj 3/2004	Gastgewerbe im Juli 2005	G IV 3 - m 7/2005
Studierende an den Hochschulen des Saarlandes im Wintersemester 2004/2005	B III 1 - hj 2/2004	Gastgewerbe im August 2005	G IV 3 - m 8/2005
Schlachtungen und Fleischanfall 2004	C III 2 - j 2004	Straßenverkehrsunfälle im Juni 2005	H I 1 - m 6/2005
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im August 2005	E I 1 - m 8/2005	Straßenverkehrsunfälle im Juli 2005	H I 1 - m 7/2005
Baugewerbe im Juli 2005	E II 1/E III 1 - m 7/2005	Binnenschifffahrt Januar bis Juni 2005	H II 1 - hj 1/2005
Baugewerbe im August 2005	E II 1/E III 1 - m 8/2005	Kommunale Finanzen im 2. Vierteljahr 2005	L II 2 - vj 2/2005
Öffentliche Elektrizitäts- und Gasversorgung 2. Quartal 2005	E IV 2/E IV 3 - vj 2/2005	Verbraucherpreisindex September 2005	M I 2 - m 9/2005
Das Handwerk im 2. Vierteljahr 2005	E V 1 - vj 2/2005	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2004	P I 1 - j 2004
Handel im Juni 2005	G I 1 - m 6/2005	Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis Juli 2005	Z 1 - m 7/2005
		Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland Ausgabe Januar bis August 2005	Z 1 - m 8/2005

## MITTEILUNGEN DES AMTES

### CD-ROM "Statistik lokal 2005" erschienen

Mit der CD-ROM "Statistik lokal 2005" stellen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder nun bereits im dritten Jahr hintereinander eine Statistik-Datenbank für alle 13 000 Gemeinden, Städte und Kreise Deutschlands zur Verfügung.

Die Datenbank auf der CD-ROM bietet einen Querschnitt aus wichtigen Bereichen der amtlichen Statistik.

So sind Daten recherchierbar aus den Themengebieten Fläche, Bevölkerung, Arbeitslose, Landwirtschaft, Produzierendes Gewerbe, Gebäude und Wohnungen, Bautätigkeit, Tourismus, Straßenverkehrsunfälle, Öffentliche Finanzen und Wahlen.

Über eine komfortable Benutzeroberfläche lassen sich leicht Daten für alle Gemeinden Deutschlands abrufen, exportieren und Ergebnisse zu Tabellen zusammenstellen.

Statistik lokal CD-ROM 148,- EUR

#### Systemvoraussetzungen

Betriebssystem ab Windows 95

Bildschirmauflösung 1024\*768

#### Bestellungen richten Sie bitte an:

Statistisches Landesamt Saarland

Postfach 10 30 44, 66030 Saarbrücken

Tel.: (+49) 0681 501 5910

Fax: (+49) 0681 501 2970

E-Mail: iris.maringer@stala.saarland.de

Internet-Shop: www.statistik.saarland.d